Soester Kreisblatt

Soester Zeitung, Tageblatt u. General-Anzeiger, Publikationskraft für die Behörden

früher Wochenblatt mit allein rechtsverbindlicher des Kreises Soest / Gegründet 1849

Erscheint täglich morgens mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. / Bezugspreis monatlich 2 S.-Mark. / Bei zeitweiligem Nichterscheinen infolge höherer Gewalt muß der Bezugspreis voll entrichtet werden. / Geschäftsstelle: Soest, Wiesestr. 5. / Fernspr. 59. / Postscheck.: Hannover 22 589

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeterzeile 8 Pfg., für Auswärtige 10 Pfg. Reklamen 50 Pfg. Einmaliger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kommt bei gerichtlichen Klagen in Fortfall. - Für Erfüllung von Platzvorschriften wird keine Gewähr übernommen. - Anzeigenannahme bis 6 Uhr abends

Nr. 248 — Freitag, den 21. Oktober 1932 — 114. Jahrgang

Kleppers Geschäfte und Angebote

Der Untersuchungsausschuß vertagt sich bis nach der Wahl

Was die jetzigen Preußenkasse-Direktoren sagen

Der Klepper-Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtags vernahm am Donnerstag zunächst den gegenwärtigen Präsidenten der Preußenkasse

Dr. Helfferich

zu der Mittelhergabe für die „Kölnische Volkszeitung". Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Präsident Helfferich der Auffassung sei, daß das von seinem Amtsvorgänger, dem Präsidenten Klepper, getätigte

Geschäft mit der „Kölnischen Volkszeitung" in den Rahmen der Befugnis der Preußenkasse

falle, erwidert Helfferich:

Nein, es fällt nicht darunter.

(Bewegung.) **Der Vorsitzende** bringt dann zur Sprache, daß Klepper als Präsident der Preußenkasse im Jahre 1928 ein Gehalt von rund 75 347 RM. und in den Jahren 1929—1931 ein Gehalt von je 75 000 RM. erhalten habe, wobei seit Beginn von 1929 noch eine jährliche Vergütung von je 25 000 RM. hinzugetreten sei für Kleppers Tätigkeit als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Deutschen Genossenschafts-Revisions- und Treuhand G. m. b. H. Das Gehalt sei dann seit 1931 um 20 Prozent gekürzt worden.

Präsident **Dr. Helfferich** erklärte, daß die Deutsche Genossenschafts-Revisions- und Treuhand G. m. b. H. bereits seit mehreren Jahren in eine Aktiengesellschaft umgewandelt sei, die sehr große Revisionsaufgaben zu erfüllen habe. Eine Deutsche Genossenschafts-Revisions- und Treuhand G. m. b. H., die als Vermittlungsstelle für die Ueberleitung der Gelder an die Kölner Görreshaus A.-G. gegründet wurde, habe augenblicklich keinerlei Funktionen. Er habe keinen Zweifel, daß Klepper die Zusatzvergütung von der Revisionsstelle erhalten habe, die wirklich die Revisionen leisten mußte.

Die Frage des Vorsitzenden, ob während seiner Amtszeit als Präsident der Preußenkasse von staatlicher Seite an ihn herangetreten worden sei, um Preußenkassenmittel zur Finanzierung von Zeitungen zu verwenden, verneint der Zeuge.

Es folgt eine Erörterung des jetzigen

Wertes des von der Preußenkasse finanzierten Aktienpaketes der „Kölnischen Volkszeitung".

Präsident Helfferich sagt dazu, dieser Wert hänge wesentlich davon ab, daß die Preußenkasse sich weiterhin auf den Poolvertrag stütze, weil sie ja nur ein Minderheitspaket besitze. Auf jeden Fall müsse die Preußenkasse nach dem Vertrag ihr Aktienpaket an Zentrumsmänner verkaufen. Auch bei der „Germania" handelt es sich um Namensaktien, die nur mit Zustimmung der „Germania" veräußert werden könnten.

Bei einer Erörterung der Möglichkeiten des Preußenkassen-Präsidenten aus dem Organisationsstatut bleibt Präsident Helfferich dabei, daß

der Geschäftskreis klar umrissen

sei und lediglich in der Gewährung von Personalkredit, namentlich an Genossenschaften, bestehe. Die weiteren Befugnisse beschränkten sich auf den Abschluß von Hilfsgeschäften zur Durchführung der Hauptaufgabe.

Als ein Zentrumsmitglied zur Sprache brachte, daß

die Preußenkasse jetzt auf das Reich übergehen

und Preußen dann sein Kapital verlieren würde, sagte Präsident Helfferich, er sei nicht befugt, über die schwebenden Verhandlungen Auskunft zu geben, könne aber sagen, daß der preußische Staat sehr stark beteiligt bleiben werde. Nach seiner Kenntnis werde die Transaktion durch Reichsgesetz erfolgen. Wenn Klepper gesagt habe, der Geschäftsumfang der Preußenkasse werde durch freies Ermessen des Präsidenten bestimmt, so könne er, Helfferich, dieser Auffassung nicht folgen

Direktor Siedersleben

von der Preußenkasse bekundete als seine Auffassung, daß der Finanzminister als Aufsichtsbehörde der Preußenkasse jeder Zeit Anweisungen geben oder sogar die Leitung des Instituts übernehmen könne. Auf Anweisung oder Auftrag des Staates mache die Preußenkasse nach der bestehenden Praxis auch Geschäfte, die mit dem normalen Aufgabenkreis nur in losem Zusammenhang ständen.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde Redakteur **Loewy** vom Handelsdienst des WTB. vernommen, der aber über

angebliche Subventionierungen der Landwirtschaftlichen Wochenschau

nichts wußte. Der Schriftleiter dieser Wochenschau selbst, **Melzer**, erklärte, er halte es für unmöglich, daß sein Verlag je einen Pfennig Subventionen erhalten habe. Auf eine Frage des deutschnationalen Abgeordneten Steuer, ob man etwa von Seiten der Preußenkasse früher an ihn herangetreten sei, erwiderte der Zeuge:

Das einzige Bestechungsangebot, das mir je in meinem Leben gemacht worden ist, hat mir Herr Klepper gemacht.

Diese Mitteilung des Zeugen Melzer rief lebhafte Bewegung im Ausschuß hervor. Ueber die Einzelheiten erklärte **Melzer** dann, daß er auf einem Essen der Rentenbank-Kreditanstalt 1929 zufällig

Tischnachbar Kleppers

gewesen sei. Ganz am Schluß, so erklärt der Zeuge, unterhielten wir uns darüber, daß es unter den heutigen Umständen unmodern wäre, Kinder zu bekommen. Klepper hat vier, ich selbst habe sechs Kinder. Daraus ergab sich die Feststellung, daß es mit einer derartigen Familie nicht ganz einfach sei, sich durchzuschlagen. Herr Klepper machte mir daraufhin das

Angebot, ich könne jederzeit von ihm ohne jede Sicherheit einen beliebig hohen Kredit bekommen.

Da wir vorher über Agrarpolitische Fragen gesprochen hatten, und Klepper sich beklagte, daß ich so scharfe Kritik an seiner Arbeit übe, hatte ich den hundertprozentigen Eindruck, daß es sich um einen korrumpierenden Bestechungsversuch handelte. Ich habe dieses Angebot sofort abgelehnt.

Der sozialdemokratische Abgeordnete **Heydemann** erklärte zu dieser Aussage, daß sie ihm höchst unsauber vorkomme, da während der ganzen Vernehmung bisher niemals etwas zu Tage getreten sei, woraus man eine moralische Beeinträchtigung Kleppers hätte heraushören können.

Der Vorsitzende nahm den Zeugen energisch in Schutz und rügte solche Angriffe auf Zeugen als unzulässig.

Von den Sozialdemokraten wurde gefordert, zur weiteren Klärung des Falles sofort Klepper herbeizuholen. In der Geschäftsordnungsdebatte darüber erklärte der deutschnationale Abgeordnete **Steuer**, es sei doch hier nicht die erste Belastung Kleppers erfolgt. Die ganze Vernehmung sei eine fortlaufende Kette äußerst schwerwiegender Angelegenheiten für Klepper, und es lägen doch sogar vollendete strafbare Taten vor. Von den **Sozialdemokraten** wurde dagegen protestiert und erklärt, man treibe hier ein verderbliches Spiel mit der Ehre eines Mitmenschen. Die Ausschußmitglieder, die nicht für die sofortige Vernehmung Kleppers seien, seien daran mitschuldig.

Der Antrag auf sofortige Vernehmung Kleppers

wurde darauf mit 13 Stimmen der Nationalsozialisten und Deutschnationalen gegen 13 Stimmen der übrigen Parteien **abgelehnt.**

Bei der weiteren Vernehmung des Zeugen **Melzer** erklärte dieser, er könne sich durchaus denken, daß Klepper selbst nicht im mindesten das Gefühl gehabt habe, mit diesem Angebot irgend etwas Ehrenrühriges zu begehen. Die Meinungen über Moral und Unmoral seien eben verschieden.

Nach Abschluß der Vernehmungen über die Angelegenheit Kölnische Volkszeitung beschloß der Ausschuß gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Deutschnationalen, seine Arbeiten erst nach den Reichstagswahlen wieder aufzunehmen. Mit großer Mehrheit wurde ein kommunistischer Antrag angenommen, dann auch den Reichswehrminister von Schleicher darüber zu vernehmen, ob Zeitungen Reichsgelder erhalten.

*

Keine Subventionen des Reichswehrministeriums an Zeitungen

Zu den Aeußerungen des kommunistischen Abgeordneten Rau im Untersuchungsausschuß über angebliche Subventionszahlungen des Reichswehrministeriums an Zeitungen erklärt das Reichswehrministerium, daß aus Mitteln dieses Ministeriums keinerlei Unterstützungen an Zeitungen gezahlt worden sind bezw. gezahlt werden, auch nicht an die „Tägliche Rundschau" und die „Berliner Börsenzeitung". Ebenso unzutreffend sind die Behauptungen über irgendwelche Beteiligungen des Reichswehrministeriums an Zeitungen.

*

Eine Erklärung Dr. Kleppers

Finanzminister **Dr. Klepper** bittet das Nachrichtenbüro des VdZ. um die Verbreitung folgender Erklärung:

Da der 21. Ausschuß des Preußischen Landtages meine Vernehmung zu den Aussagen des Redakteurs Melzer abgelehnt und sich bis nach den Wahlen vertagt hat, gebe ich auf diesem Wege die folgende Erklärung ab:

1. Ich habe niemals gegenüber einem Journalisten und insbesondere nicht gegenüber Herrn Melzer einen Versuch unternommen, durch Zuwendungen irgendwelcher Art einen Einfluß auf seine Urteilsbildung oder Meinungsäußerung auszuüben.

2. Es ist unwahr, daß ich Herrn Melzer, sei es anläßlich des von ihm erwähnten Abendessens das übrigens meines Wissens nicht bei der Deutschen Rentenbankkreditanstalt, sondern bei dem damaligen Reichsernährungsminister Dietrich stattfand, sei es bei einer anderen Gelegenheit, einen Kredit oder sonstige finanzielle Vorteile angeboten hätte.

3. Es ist unwahr, daß Herr Melzer mir gegenüber unmittelbar oder mittelbar habe erkennen lassen, daß er irgendeine Aeußerung von mir in dem von ihm heute vor dem Ausschuß angegebenen Sinne verstanden habe.

4. Es ist unwahr, daß Herr Melzer die Beziehungen zu mir nach jenem Zusammensein abgebrochen hat.

Wahr ist dagegen, daß ich Herrn Melzer erst an jenem Abend kennengelernt habe, daß er mich danach häufig besucht hat und daß er mir, ohne daß irgendwelche persönlichen und sonstigen Beziehungen bestanden, sogar Familienanzeigen zugesandt hat. Die darüber vorliegende Korrespondenz werde ich dem Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses abschriftlich mitteilen

Stieler von Heydekamp Polizeikommandeur für Westdeutschland

Der preußische Innenminister hat den Polizeioberst Stieler von Heydekamp in Recklinghausen mit der Wahrnehmung der Aufgaben des Höheren Polizeiführers im Westen bis auf weiteres beauftragt. Sein Wirkungskreis erstreckt sich über die Regierungsbezirke Münster, Arnsberg und Düsseldorf. Durch den Höheren Polizeiführer im Westen, der Berater des Oberpräsidenten in Münster und Koblenz ist, wird u. a. bei gespannter Lage im rheinisch-westfälischen Industriegebiet eine einheitliche Leitung der gesamten Polizeiexekutive und der Landjägerei nach den Weisungen des Oberpräsidenten in Münster gewährleistet

Dr. Best endgültig außer Verfolgung gesetzt

Durch Beschluß des 4. Strafsenats des Reichsgerichts vom 12. Oktober ist der im Zusammenhang mit angeblich hochverräterischen Plänen hessischer Nationalsozialisten verhaftete Dr. Best endgültig außer Verfolgung gesetzt worden. Die Voruntersuchung, die in den Händen des Reichsgerichtsrates Dr. Zöller als Untersuchungsrichter des Reichsgerichts lag, hat dem Vernehmen nach zu dem Ergebnis geführt, daß eine Anklage nicht erhoben werden kann. Es wurde daher von der Reichsanwaltschaft der Antrag auf Außerverfolgungsetzung Dr. Bests gestellt, der vom zuständigen 4. Strafsenat des Reichsgerichts im nichtöffentlichen Beschlußverfahren bestätigt worden ist.

Wassersportschulen

des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung

Das Reichskuratorium für Jugendertüchtigung wird seine Aufgaben auch auf den Wassersport ausdehnen. Neben den Geländesportschulen werden daher auch Wassersportschulen in Betrieb genommen werden. Außer Leibes- und Ordnungsübungen und Kleinkaliberschießen werden in diesen Wassersportschulen seemännische Kenntnisse vermittelt werden, z. B. seemännische Ausdrücke und Begriffe, Rudern und Steuern von Booten, seemännische Signale, der Gebrauch der Seekarten und des Kompasses und die Fahrwasserbezeichnungen.

Was würde Frankreich tun, wenn Deutschland aufrüstet?

Herriots Antwort

Wie „Populaire" berichtet, soll der radikale Abgeordnete und Bürgermeister von Rouen, Metayer, im Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten dem Ministerpräsidenten Herriot die Frage vorgelegt haben: „Was würden Sie tun, wenn Deutschland wieder aufrüstet?"

Herriot soll darauf geantwortet haben: „Die Regierung würde den Internationalen Gerichtshof im Haag mit der Verletzung des Versailler Vertrages durch Deutschland befassen."

Darauf soll Metayer die weitere Frage gestellt haben: „Wenn nun der Internationale Gerichtshof Frankreich Unrecht gäbe, was dann?"

Herriot soll geantwortet haben: „Dann wären zwei Lösungen möglich: Gewaltmittel und juristische Mittel. Niemals würde die jetzige Regierung die ersteren Maßnahmen anwenden."

Weiter befragt, ob die Verordnung der Reichsregierung vom 14. 9. über die Ertüchtigung der Jugend nicht dem Artikel 177 des Versailler Vertrages zuwiderlaufe, soll Herriot geantwortet haben, die juristischen Sachverständigen des Quai d'Orsay seien der Ansicht, daß diese Bestimmung dem Artikel 177 nicht widerspreche.

Poincaré über die Politik Herriots

„Echo de Paris" veröffentlicht den Inhalt einer Unterredung, die ein Mitarbeiter des Blattes mit Poincaré hatte. Poincaré sei danach der Ansicht, daß die Aufgabe Herriots sehr schwierig sei, daß dieser aber, da er Nationalgefühl habe, sich bemühe, der öffentlichen Meinung, die allzu lange eingeschläfert worden sei, die Gefahren zu zeigen, von denen Frankreich bedroht sei! (!). Poincaré sei bezüglich der Zukunft nicht beunruhigt, sobald das nationale Wiedererwachen es Frankreich erlauben werde, seine Sicherheit und seine Verteidigung so zu gewährleisten, daß sich der eventuelle Angreifer die Sache noch einmal überlegen würde. Poincaré wäre nicht unzufrieden, wenn Herriot zwecks Herstellung der nationalen Einigung sein Kabinett durch Aufnahme einiger rechtsstehender Persönlichkeiten umbilden würde, falls die Ereignisse dies erheischten. Im Grunde genommen, so schließt der Bericht des „Echo de Paris", stimme Poincaré für Herriot.

Die Reichstagswahl

Keine Wahlreden im Rundfunk

Nach den neuen Leitsätzen für den Rundfunk sollen die Rundfunksendungen von parteipolitischen Darbietungen freigehalten werden. In Verfolg dieser Leitsätze hat das Reichsministerium des Innern, Blättern zufolge, jetzt beschlossen, den politischen Parteien den Rundfunk im gegenwärtigen Wahlkampf für Wahlreden nicht mehr zur Verfügung zu stellen. Vor der letzten Reichstagswahl war den großen Parteien der Rundfunk je eine halbe Stunde freigegeben worden.

Verbot des Ausschanks von Branntwein am 5. und 6. November

Wie bei den früheren Wahlen, so wird auch bei der Wahl am 6. November wieder der Ausschank von Branntwein und der Kleinhandel mit Trinkbranntwein verboten. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der preußische Minister des Innern in der Preußischen Gesetzsammlung eine entsprechende Verordnung veröffentlicht, durch die der Ausschank von Branntwein und der Kleinhandel mit Trinkbranntwein am Samstag, dem 5., und am Sonntag, dem 6. November 1932, bis zur Polizeistunde verboten wird. Zuwiderhandlungen werden mit Haft und mit Geldstrafe bis zu 150 RM. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Die Kandidatenliste der DNVP. für den Wahlkreis Westfalen-Süd

weist auf den ersten Plätzen folgende Namen auf: Geh. Finanzrat Dr. Alfred Hugenberg, Rohbraken, Post Rinteln; Schriftsteller Dr. Eduard Stadtler, Berlin W. 35; Dr. Ing. Konrad Ende, Wattenscheid.

Dr. Brüning

sprach in Köln in der Rheinlandhalle. Der Redner sprach sich für eine „vernünftige" Verfassungsreform aus und übte scharfe Kritik an der letzten Rundfunkrede des Reichskanzlers.

Dr. Brüning besprach dann die Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben. Müsse er auch manches in den Maßnahmen der Reichsregierung anerkennen, so sei doch vor allem eins zu fordern: Klarheit über die Abdeckung des Fehlbetrages bei Reich, Ländern und Gemeinden, denn davon hänge letzten Endes der Glaube an die Stabilität der deutschen Währung ab.

Hitler antwortet von Papen

Im „Völkischen Beobachter" antwortet Hitler auf die Rede, die Reichskanzler von Papen in der vorigen Woche in München gehalten hat. Als Gedankengang Hitlers kommt zum Ausdruck, daß der nationalsozialistische Glaube der Glaube an das deutsche Volk und an die deutsche Leitung sei. Das wirtschaftliche Denken, so führt Hitler aus, sei der Tod jedes völkischen Idealismus. Die Bereitwilligkeit zum Ertragen wirtschaftlicher Nöte nehme in demselben Umfange ab, in dem die Menschen mangels großer völkisch-politisch aufwühlender und bewegender Gedanken und Aufgaben sich nur mehr mit ihren eigenen wirtschaftlichen Belangen beschäftigen. Das wirtschaftliche Denken erziehe zum Egoismus und nur das völkisch-politische zum Idealismus. Papens Arbeitsprogramm züchte neuen Klassenhaß. Die nationalsozialistische Arbeitsdienstpflicht überwinde die Klassengegensätze. Die deutsche Not werde durch keine Verfassungsreform überwunden.

Zu den Vorgängen des 13. August erklärt Hitler, er könne von Papen deutlich sagen:

„Entweder wir wollen in die Regierung, dann fordern wir die Führung, oder wir erhalten die Führung nicht, dann muß man auch in einer Regierung auf uns verzichten."

Hitler weist die Behauptung zurück, daß er die ganze Macht allein gefordert hätte. Weder von ihm noch von irgendjemand anderem sei eine solche Forderung erhoben worden. Aber gerade weil der verhandelnde Minister Hitler erklärt hätte, daß eine Reihe der wichtigsten Ministerien zumindest im Augenblick vom Reichspräsidenten den Nationalsozialisten verweigert werden würden, hätte Hitler um so mehr die Forderung stellen müssen, daß dann aber die Stelle des Reichskanzlers der NSDAP. zufalle.

Zu Papens Außenpolitik erklärt Hitler, die innere nationale Erhebung müsse die Voraussetzung für eine andere äußere Politik schaffen. Diese Erhebung könne nicht von den bisherigen bürgerlichen oder marxistischen Parteien ihren Ausgang nehmen. Voraussetzung der deutschen Gleichberechtigung sei die Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands.

Unter keinen Umständen dürfte mit einem eigenen Aufrüstungsprogramm vor die Welt oder die Abrüstungskonferenz getreten werden. Man habe durch die bisherigen Verhandlungen Frankreich die Möglichkeit gegeben, die ihm unerwünschte Diskussion über seine Nichtabrüstung umzubiegen in eine Beschäftigung mit der theoretisch geforderten deutschen Aufrüstung. Es hätte genügt, den Willen Frankreichs, nicht abzurüsten, vor der ganzen Welt eindeutig klarzustellen, um dann die Konferenz mit dem Bemerken zu verlassen, daß der Friedensvertrag von Versailles von den Signatarmächten selbst verlassen sei und Deutschland sich die entsprechenden Konsequenzen vorbehalten müsse. Für die Zukunft Deutschlands sei ein vertrauensvolles Verhältnis zu England wichtig. Bündnismöglichkeiten, vor allem mit Italien, seien verpaßt worden.

Dr. Breitscheid

sprach in Hamburg in einer Wahlversammlung der SPD. Wenn, führte er u. a. aus, der Glaube, daß das Alte mit 1918 restlos verschwunden sei, eine Enttäuschung erfahren habe, so trage die Arbeiterschaft daran einen Teil der Schuld. Man müsse sich darüber klar sein, daß die deutsche Arbeiterschaft erst jetzt in die revolutionäre Phase eintrete. Sozialismus sei nur auf dem Wege der Demokratie zu erreichen. Gegen monarchistische Restaurierungsbestrebungen gelte es, das Leben bis zum Letzten einzusetzen.

Kein Wahlbündnis Wirtschaftspartei — Staatspartei

Die Reichspressestelle der Wirtschaftspartei teilt mit, daß ein Wahlbündnis der Wirtschaftspartei mit der Deutschen Staatspartei in den Wahlkreisen Südhannover-Braunschweig und Osthannover nicht abgeschlossen worden ist. Es handele sich hierbei vielmehr um die eigenmächtige Handlung eines früheren Abgeordneten der Wirtschaftspartei, der damit gleichzeitig den Namen der Partei mißbrauche. Die Wirtschaftspartei habe nirgends ein Bündnis mit der Staatspartei abgeschlossen, sie habe vielmehr lediglich zur Sicherung der Reststimmen ein technisches Wahlabkommen mit der Bayrischen Volkspartei abgeschlossen, das keinerlei gesinnungsmäßige oder politische Bindungen nach sich ziehe. Wie in allen deutschen Wahlkreisen habe die Wirtschaftspartei selbstverständlich auch in den beiden oben genannten Wahlkreisen durch die zuständigen Organe unter ihrem Parteinamen selbständige Listen eingereicht. Die Parteiinstanzen würden geeignete Schritte unternehmen, um jeden Mißbrauch des Parteinamens zu inhibieren.

Die Bestimmungen über Aufzüge

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, ist durch Erlaß des preußischen Ministers des Innern vom 1. Oktober 1932 eine Reihe von Zweifelsfragen geregelt worden, die sich im Laufe der Zeit bei der Durchführung der Verordnungen des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge vom 28. Juni, 18. und 22. Juli ergeben haben. Für die Frage der polizeilichen Behandlung solcher Veranstaltungen sei daher in jedem einzelnen Falle zu prüfen, ob es sich um eine Versammlung oder einen Aufzug handele, oder ob eine Veranstaltung vorliege, die einen solchen Charakter nicht habe.

Vom Standpunkt der Leibesübungen treibenden Vereine entnimmt der Amtliche Preußische Pressedienst dem genannten Erlaß eine Reihe von Einzelheiten: Nach einer kurzen Definition des Begriffs Aufmarsch wird festgestellt: Findet der Aufmarsch unter Umständen statt, die seine Wahrnehmung durch die Oeffentlichkeit überhaupt ausschließen, also z. B. in einer unbewohnten Gegend, so kann er schon aus diesem Grunde begrifflich nie zum Aufzug werden.

Berührt der Aufmarsch bewohnte Gegenden, insbesondere Ortschaften, so kommt es auf das Verhalten der Marschteilnehmer und die damit verfolgte Absicht an. Die Absicht, die Aufmerksamkeit des Publikums auf die Marschkolonne hinzulenken, ist gegeben durch Dinge wie das Mitführen entrollter Fahnen, die Veranstaltung von Instrumentalmusik, das Singen von Liedern, das Mitführen von Plakaten und Transparenten, Sprechchöre und sonstige demonstrative Gebärden.

Die Tatsache, daß die Teilnehmer eines Aufmarsches uniformiert sind, ist für sich allein noch nicht geeignet, der Veranstaltung demonstrativen Charakter beizumessen.

Werden in bewohnten Gegenden Umwege gewählt, so wird schon hieraus auf das Vorliegen einer demonstrativen Absicht geschlossen werden können, dagegen beschränken sich An- und Abmärsche zu geländesportlichen Uebungen auf die Teilnehmer und stehen in keinerlei Beziehung zum Publikum.

Sie sind daher weder Versammlungen, noch Aufzüge und fallen weder unter die Anmeldepflicht, noch unter das Demonstrationsverbot der Notverordnung. Auch die geschlossenen Hin- und Rückmärsche der Teilnehmer vom Sammelpunkt zum Ort der Veranstaltung und zurück zur Auflösungsstelle sind grundsätzlich Aufmärsche ohne Aufzugscharakter.

Verständigung über Neuregelung der Buttereinfuhr

Die in Berlin zwischen Dänemark, Finnland und Deutschland geführten Besprechungen über eine Neuregelung der Buttereinfuhr nach Deutschland haben zu einer Verständigung geführt. Deutschland wird künftig Butter bis zu einer Gesamtmenge von 55 000 Tonnen im Kalenderjahr zur Einfuhr zulassen. Mit Finnland ist für Butter ein einheitlicher Zollsatz von 75 RM. vereinbart worden, der den meistbegünstigten Ländern zusteht. Es ist in Aussicht genommen, diese Regelung vom 15. November d. J. an in Kraft zu setzen.

Staffelweise Auflösung der Getreidelombardbestände?

In Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse am Getreidemarkt werden, wie WTB.-Handelsdienst erfährt, gewisse Möglichkeiten erwogen, die Getreidelombardbestände staffelweise aufzulösen, um zu verhindern, daß bei Ablauf der Einlagerungsfristen die zurückgestauten Mengen den Markt plötzlich überfluten. Die Bestrebungen gehen dahin, die Lombardkontrakte jeweils nur für einen Teil der Lagermengen ablaufen zu lassen und für den Rest weitere Reichszuschüsse zur Zins- und Lagergeldverbilligung bereitzustellen.

Trebitsch-Lincoln warnt England

Blätter berichten, daß Trebitsch-Lincoln, von Brüssel kommend, Mittwoch abend um 19.44 Uhr in Köln eingetroffen ist. Er sei einige Stunden später nach Berlin weitergefahren.

Auf der Redaktion des Kölner Stadtanzeigers, wo der buddhistische Mönch Chaokung seine jüngsten Erlebnisse erzählte, machte er seinem Zorn über Belgien wegen der Ausweisung mit leidenschaftlichen Worten Luft und sprach dann davon, wie er alle Angriffe und Märchen, die England fortwährend gegen ihn fabrizierte, mit Geduld ertragen habe. Er verstieg sich in seiner Erregung dazu, England zu warnen, ihn weiter zu verfolgen. Wenn die Engländer ihn nicht in Ruhe ließen, so würden sie bald erfahren, daß außer der „Niedertracht", so drückte sich Chaokung wörtlich aus, noch eine andere Welt vorhanden sei.

Die französischen Finanzen

Das 12-Milliarden-Defizit und seine Deckung

Unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Herriot fand ein Kabinettsrat statt. Auf Vorschlag des Budgetministers Palmade wurde der Entwurf zur Herstellung des Budgetgleichgewichtes für 1933 festgesetzt, der zwecks endgültiger Billigung dem Ministerrat unterbreitet werden wird. Finanzminister Germain-Martin unterbreitete dem Kabinettsrat in größeren Linien die geplante monatliche Abrechnungsweise. Diese Reform soll im wesentlichen auf eine Modernisierung nach englischem Muster hinauslaufen, wobei die monatliche Veröffentlichung von Berichten geplant sei, die der Regierung und dem Parlament die Elemente für die vollständige genaue Beurteilung über die Einhaltung des Budgets und über die Opposition des Schatzamtes liefern.

Nach Angaben, die in den Wandelgängen der Kammer zu hören waren, dürfte die Regierung für die Abdeckung des Defizits von schätzungsweise zwölf Milliarden Francs folgendes planen: Ersparnisse durch die Rentenkonvertierung 1500 bis 1700 Millionen Francs, bereits beschlossene budgetäre Einsparungen 2300 bis 2500 Millionen Francs, Pensionskasse, die die Rentenzahlungen entlasten würde, mindestens 1700 Millionen Francs, Entlastung der Budgets durch Arbeiten im öffentlichen Interesse 700 Millionen Francs, Revision der Kriegspensionen 800 bis 900 Millionen Francs, Einsparungen an Gehältern und Pensionen für Beamte etwa 800 bis 900 Millionen Francs.

Das Defizit von zwölf Milliarden würde also zum größten Teil dadurch bereits gedeckt sein, und die Regierung müßte nur wegen der verbleibenden ungedeckten Summe von 2 bis 2½ Milliarden neue Steuerquellen erschließen.

Herriot über Frankreichs Schulden an Amerika

Ueber Beratungen des Auswärtigen Ausschusses der Kammer, vor dem Herriot über die auswärtige Lage sprach, berichtet „Echo de Paris", der Ministerpräsident habe auch eine Erklärung über die Behandlung der französischen Schulden bei Amerika abgegeben. Herriot habe betont, die französischen Handelsschulden, also die 400 Millionen Dollar für die übernommenen amerikanischen Heeresvorräte, die in Frankreich verblieben waren, würden von Frankreich bezahlt werden, und Frankreich werde den Fälligkeitstermin vom 16. Dez. für einen Betrag von 1800 Mill. Francs, wie verabredet, einhalten. Aber man müsse zwischen dieser Handelsschuld und den politischen Schulden unterscheiden. Was letztere betrifft, so werde Frankreich Verhandlungen einleiten und eine günstige Behandlung zu erlangen suchen.

Japan lehnt Hoovers Abrüstungsvorschlag endgültig ab

Amtlich wird aus Tokio mitgeteilt, daß das Außenministerium und das Marineministerium nach gemeinsamen Beratungen beschlossen haben, den Vorschlag des Präsidenten Hoover zur Verminderung der Seestreitkräfte um ein Drittel unter allen Umständen abzulehnen und zwar im Interesse der japanischen Landesverteidigung.

Das neue rumänische Kabinett

Aus Sinaja, 20. Oktober, wird gemeldet: Der König hat heute mittag die ihm vorgelegte Kabinettsliste gutgeheißen. Sie umfaßt u. a. folgende Namen: Ministerpräsident: Maniu, Außenminister: Titulescu, Minister für Siebenbürgen: Crisan.

Mit Ausnahme von Maniu, Titulescu und Lugosianu sind alle Minister aus dem letzten Kabinett, und zwar mit ihrem bisherigen Portefeuille übernommen worden. Die Bedeutung des Kabinettswechsels besteht also im wesentlichen im Ausscheiden Vajda Vojevods, der für den von Frankreich aus taktischen Gründen neuerdings gewünschten Nichtangriffspakt eintrat und dabei auf den entschiedenen Widerstand des in internationalen Kreisen sehr einflußreichen Londoner Gesandten Titulescu stieß. Die endgültige Ernennung Titulescus zum Außenminister ist nach diesen Vorgängen als Bekenntnis zu der bisherigen Linie der rumänischen Außenpolitik zu betrachten. Innenpolitisch wird das neue Kabinett als Widerlegung aller Gerüchte über eine Entfremdung zwischen Maniu und dem König gewertet.

Eine Bukarester Meldung berichtet: Die Bildung des Kabinetts Maniu hat, wie nach einer Meldung der Agentur Orient-Radio von zuständiger Seite erklärt wird, die Bedeutung, daß zwischen der Krone und der nationalen Bauernpartei vollständige Uebereinstimmung besteht, wie es aus der Tatsache hervorgehe, daß der Parteiführer selbst die Leitung der Regierung übernimmt. Hinsichtlich der äußeren Politik wird versichert, daß Maniu die von ihm selbst im Jahre 1929 eingeleitete Politik fortsetzen werde. Damals wurde während seiner Ministerpräsidentschaft der Briand-Kellogg-Pakt unterzeichnet.

Neun Tote bei einem Einsturzunglück

In St. Margrethen (Kanton St. Gallen) stürzte am Donnerstag infolge Ueberlastung des Dachbodens durch Einlagerung von Futtermitteln die Decke eines Lagerhauses der „Kühlhaus A.-G." ein. Zahlreiche Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben. Bis zum Abend waren neun Tote und eine Anzahl Verletzter geborgen.

Eisenbahner als Attentäter

Der Leiter eines Bahnschutzkommandos als Haupttäter

Zu der Verhaftung des Reichsbahninspektors Nord und des Reichsbahnsekretärs Neth, die im Verdacht stehen, im Jahre 1930 die Anschläge auf der Strecke Braunschweig — Magdeburg angestiftet oder gar selbst verübt zu haben, erfahren wir folgende Einzelheiten:

Im Jahre 1930 ereigneten sich auf der genannten Strecke immer wieder Anschläge, die zwar keinerlei Schaden anrichteten, aber doch zu einer allgemeinen Beunruhigung beitrugen. Es wurden Schüsse auf Züge abgegeben, Steine und sonstige Hindernisse auf die Gleise gelegt. Die Reichsbahn zog damals ein besonderes Bahnschutzkommando bei Braunschweig zur Bewachung der Strecke zusammen. Diese Dienststelle unterstand dem Reichsbahninspektor Nord bei der Reichsbahndirektion Magdeburg, bei dem auch der Reichsbahnsekretär Neth arbeitete. Trotz schärfster Ueberwachung konnten die Urheber der Attentate nicht ermittelt werden. Es war aber aufgefallen, daß

die Attentate aufhörten, wenn sich die Kriminalpolizei an den Ermittlungen beteiligte, und daß sie wieder anfingen, wenn der Bahnschutz allein arbeitete,

merkwürdigerweise hörten sie ganz auf, als Nord bei der Auflösung der Reichsbahndirektion Magdeburg nach Berlin versetzt wurde. Die Staatsanwaltschaft erließ Ende 1930 Haftbefehle gegen Nord und Neth, weil man den Verdacht hatte, daß die beiden Beamten auch die Attentate angestiftet oder in einigen Fällen auch selbst verübt hätten, um die Daseinsberechtigung ihrer Dienststelle nachzuweisen und die nicht unerheblichen Zulagen für den umfangreichen nächtlichen Streifendienst einzukassieren. In den Verhören bestritten Nord und Neth jedoch jede Schuld und mußten wieder freigelassen werden. Nord war weiter in Berlin, Neth in Braunschweig tätig.

Als nach der Auflösung der Reichsbahndirektion Magdeburg die Geschäfte dieser Behörde auf die Reichsbahndirektion Hannover übergingen, stellte man dort im Sommer bei einer Nachprüfung der Bücher fest, daß bei der von Reichsbahninspektor Nord seinerzeit geleiteten Dienststelle der Bahnüberwachung

zahlreiche Lohnlisten gefälscht

waren. Die Veruntreuungen beliefen sich auf etwa 10 000 Mark. Weitere Ermittlungen führten zu dem dringenden Verdacht, daß Neth an den Unterschlagungen beteiligt war und falsche Lohnquittungen ausgestellt hatte, um die Veruntreuungen seines Vorgesetzten zu verschleiern. Nord wurde Anfang September auf Grund eines Haftbefehls der Staatsanwaltschaft Braunschweig verhaftet und nach Braunschweig überführt, wo auch Neth festgenommen worden war.

Beide haben jetzt ein Geständnis abgelegt. Es ist aber selbstverständlich, daß nach Aufdeckung dieser Verfehlungen jetzt auch die 1930 im Zusammenhang mit den Eisenbahnattentaten gegen die beiden Beamten erhobenen Vorwürfe wieder zum Gegenstand der Untersuchung gemacht wurden.

Aus der Stadt

Verbesserung des Verkehrs zwischen Münster und Soest

Die Industrie- und Handelskammern zu Münster und Arnsberg haben sich neuerdings für die Verbesserung des Verkehrs zwischen Münster und Soest eingesetzt. Die Reichsbahndirektion Münster hat darauf folgendes mitgeteilt:

„D 190 von Leipzig in Soest an 6.42 Uhr erreicht seit dem 2. Oktober ds. Js. den P 631 Soest ab 6.44 nach Hamm und Münster. Der Anschluß ist somit bereits hergestellt. Die Reisenden treffen werktags um 7.45 und Sonntags um 8.12 Uhr in Münster ein. Für ein Verkehrsbedürfnis des Zuges 631 Hamm–Münster an [illegible] auch an Sonntagen liegt kein dringendes Verkehrsbedürfnis vor. Die Beschleunigung würde auch insbesondere noch dadurch unwirtschaftlich, weil dann auch der für den Verkehr nicht notwendige Gegenzug geführt werden müßte.

Für die Verbesserung der Zugverbindungen zwischen Münster und Minden hat sich ja vom 15. Mai 1933 ab folgendes in Aussicht genommen:

P 639 Emden–Hamm an 9.31 Uhr. Dieser fährt, er fährt wenige Minuten früher von Münster und ersetzt den P 638 ab 9.24 von Hamm nach Soest, wo er etwa 9.52 Uhr zum Anschluß an D 197 und D 31 eintrifft. Die Reisenden für Anschlüsse in Hamm und in Soest an D 31 erhalten hierdurch allerdings eine etwas verlängerte Übergangszeit.

Auch für die Gegenrichtung ist eine Verbesserung in Aussicht genommen.

D 198 wird 20.12 und D 32 wird 20.03 in Soest ankommen. Zum Anschluß an diese Züge wird voraussichtlich ein Zug Soest ab 20.21 nach Hamm verkehren, der dort an den E 69 Hamm ab 20.57 Anschluß nach Münster erreicht. Das lästige Umsteigen in Welver würde dann entfallen und den Wünschen auf eine Verbesserung und Beschleunigung der Verbindung entsprochen werden."

Ein neues Buch über Soest

Eine wichtige Bereicherung des Schrifttums über Soest bedeutet das Mitte November zur Ausgabe gelangende Werk von Senator a. D. Dr. H. Schwartz „Geschichte der Reformation in Soest". Gewiß hätten schon früher Cornelius, Jostes und vor allem Rothert diesen bedeutungsvollen Abschnitt der heimatlichen Geschichte behandelt. Aber das war jeweils im Rahmen eines anderen, umfassenderen Themas geschehen, so daß das obige Spezialthema nicht voll zu seinem Rechte kam. Zudem ergaben eingehende Forschungen in den Staatsarchiven von Münster, Düsseldorf, Weimar und besonders auch im Soester Stadtarchiv mancherlei neues Material. So wird der heimatliche Geschichtsfreund das neue Werk mit Freuden begrüßen müssen, zumal ihm der Verfasser aus mancherlei anderen Veröffentlichungen längst als genauer Kenner unserer Geschichte und zuverlässiger Historiker bekannt ist. — Zu rühmen ist die bei aller Wissenschaftlichkeit volkstümliche Darstellung, die vorzügliche Ausstattung und der im Verhältnis zu dem Gebotenen: 528 Seiten Text und 32 Seiten Abbildungen niedrige Preis (vgl. die Anzeige in dieser Nummer!)

Handarbeitsausstellung der Fa. F. W. Keienburg

Die Handarbeitsausstellung obiger Firma, die bisher schon größtes Interesse fand, ist noch bis zum 29. Oktober geöffnet. Der Frauenwelt ist somit noch reichlich Gelegenheit zum Besuch gegeben. Nach freundlichem Empfang durch junge Mädel, die selbstangefertigte, hübsche Pullover tragen, wird durch diese bereits der erste „Einblick" in die Ausstellung gegeben. Von den sach- und fachkundigen Damen werden die Besucher in den eigentlichen Ausstellungsraum geführt, der in seiner Vielseitigkeit und geschicktem Aufbau und Farbenfreudigkeit der Ausstellungsgegenstände schon anziehend und freundlich wirkt. Nun die vielen Ueberraschungen: Handarbeiten von der einfachsten bis zur schwierigsten Ausführung. Künstlerinnen haben hier mit Liebe und Geduld Prachtarbeiten in Strick-, Stick- und Häkelarbeit geleistet. Bewundernd bleibt das Auge der Besucher hier und dort einer besonders schönen Ausführung hängen. Der Blick geht staunend weiter zu den schönsten Kelimarbeiten, zu den Filetauslagen und reizenden Stoffwebereien, überall kunstvolle Zusammenstellungen und liebliche, unaufdringliche Farben. Jeder Geschmack ist berücksichtigt, jedem kann in seinen Wünschen bei der großen Auswahl gedient werden. Für die Kleinen wunderhübsche und kleidsame Sachen, für die Großen noch elegante Sofakissen, Decken und Deckchen, zum Nacharbeiten anreizend. Das Personal der Firma steht den Besuchern freundlichst mit Rat zur Seite, um alle Wünsche zu befriedigen. Der Besuch der Ausstellung ist jedem zu empfehlen, insbesondere der Besuch unverbindlichst ist.

)!(„Lichtburg". Spielplan von Freitag bis einschließlich Dienstag: „Ein toller Einfall". Nicht nur ein toller, nein — viele, viele amüsante u. originelle Einfälle weist dieser wirklich entzückende Film auf, der sicher viele gute und gutgemeinte Filme des Regisseurs Kurt Gerron. Mit dieser Leistung hat er sich in die vorderste Linie des echten Publikumsfilms seiner Sparte gespielt. Ein sehr in die Finanzlage geratener Schloßbesitzer-Onkel wird von seinem Mater Neffen auf reizende Filmart in einen [illegible] der Not umgebenden Frauenchor einer Frau [illegible] Leben [illegible] verjagt sich von selbst. Sehr reizvoll ist der [illegible] Hintergrund. Die Chorlieder [illegible] von den Tonfilmen der [illegible] Gut. Willy Fritsch ist der [illegible] Es ist ihm alle Frauenherzen [illegible] Dakob Tiedtke [illegible] als Onkel. Max Adalbert's bekannte, trockene Komik konnte hier wieder Triumphe feiern. Als 2. Tonfilm: **„Das Millionentestament"** mit Charlotte Ander und Joh. Riemann in den Hauptrollen. Die „Ufa-Tonwoche" berichtet über Geschehnisse aus aller Welt.

)!(Der Gardeverein hält mit Rücksicht auf die [illegible] am Sonntag, den 23. ds. Mts. die Monatsversammlung ab. (Siehe Inserat).

Personalnachrichten aus dem OLG-Bezirk Hamm. Es wurden ernannt: Gerichtsassessor Dr. [illegible] zum Landgerichtsrat in Bochum, Gerichtsassessor Dr. Hans Steinberg in Witten, Gerichtsassessor Dr. Walter Bollen in Hagen i. W. [illegible] zum Amtsgerichtsrat in Hagen i. W., zum Staatsanwalt bei dem Landgericht Hagen

vigung ihrer Verdienste und Ziele wieder im Aufstieg sich befinde.

Anschließend tagte der Hauptvorstand, in dem Reichstagsabg. **Moraht**-Berlin sprach. Die Lage vom 31. Juli, so führte er aus, hat sich wesentlich geändert, auch in der Frontstellung der Parteien. Es geht ein Sehnen nach **Autorität** und wirklicher **Führung** durch unser Volk. Wir stehen vor einer wirtschaftlichen und kulturellen Krise. Man weiß nicht, was werden soll, wenn der **Radikalismus** obsiegt und der **Parteigeist**, den wir stets bekämpft haben, mit Hilfe des Zentrums triumphieren sollte! Unser Volk fühlt elementar den gewaltigen Unterschied zwischen Hindenburg und den Parteipäpsten. Herr ist, wer Ruhe und Arbeit schafft! Was in den 13 Nachkriegsjahren an Volk und Wirtschaft gesündigt, könnte nicht in drei Monaten für alle Teile unseres Volkes gebessert werden. Ein Daueraufstieg verlange organische Entwicklung. Wenn wir uns hinter die Regierung, von Hindenburg berufen, stellen, so begrüßen wir ihr Programm im Ganzen, obwohl wir die **sozialpolitischen** Auswirkungen und die **Kontigentierungspolitik** grundsätzlich ablehnen. Das politische Gedächtnis in unserm Volk ist durch die täglichen Sorgen ums Leben geschwächt, und wir müssen nachdrücklichst daran erinnern, daß die heutigen Reformpläne, die Maßnahmen auf der Grundlage der **Privatwirtschaft**, alte volksparteiliche Forderungen und Anträge sind. Vor allem müsse außer der Errichtung einer ersten Kammer der Sachlichkeit und der Sachkunde, der **Minderjährige von der Last der Verantwortung befreit werden!** Das gefährlichste sei das Miesmachen! Konjunktur ist, wenn jeder daran glaubt! — Dann kam Abg. **Moraht** auf kulturpolitische Grundfragen zu sprechen, die uns als Nationalliberale wesentlich von den anderen unterscheiden. Zum Schluß begrüßte er das selbstbewußte Auftreten der Regierung gegenüber dem Auslande, betonte aber, daß zwischen dem heißen Wollen und dem Können, aufgrund unserer außen- und innenpolitischen Machtlosigkeit, die berechtigte Sorge um den Erfolg stände. Unsere vaterländische Aufgabe und die Mission der Deutschen Volkspartei sei, auf Grundlage ihrer Weltanschauungen dem Volke wieder die geistige, wirtschaftliche Freiheit zu sichern und die Gegensätze im Volk, im Sinne der Volksgemeinschaft, zu überbrücken. Mit Hindenburg für Freiheit und Einigkeit!

Turnen, Spiel und Sport

Ausscheidungsturnen am 23. Oktober

Ausscheidungsturnen am 23. Oktober.

Gesund an Leib und Seel' zu sein,
Das ist der Quell des Lebens;
Es strömen Lust durch Mark und Bein,
Die Lust des tapfern Strebens;
Was man mit frischem Herzensblut
Und keckem Wohlbehagen tut,
Das tut man nicht vergebens!

Diesem Ausspruch des langjährigen Turnerführers Dr. Ferd. Goetz getreu, geben sich die besten Turner vom 1. Bezirk des Ostwestfälischen Turngaues am 23. Oktober auf dem Bürgerschützenhofe in Soest ein Stelldichein. Am 23. Oktober, punkt 4 Uhr nachmittags, steigt endlich der mit Spannung erwartete Kunstturnkampf der Größen unseres Bezirks.

Ausscheidungsturnen! — Ein Wort von tiefer Bedeutung für die Beteiligten. Wer wird die Prüfung durch das Kampfgericht bestehen? Neben aussichtsreichen Bewerbern der Soester Vereine wie:

Rosenbaum, Soester Turnverein von 1862,
Jahnke, Reichsbahn-Turn- und Sportverein und
Franz Czock vom Turnverein „Jahn"-Soest

wird besonders auch Rammelmann, Werl, der Ausscheidungssieger im Kunstgerätekampf Rheinland-Westfalen ein ernstes Wort mitsprechen. Da aber auch der Nachwuchs im Bezirk in guter Form ist, sind Ueberraschungen von dieser Seite nicht ausgeschlossen. So stellen u. a. die Lippstädter Vereine wie auch Waderslah und Anröchte Leute von ganz hervorragendem Können. Die Turnerinnen der 3 hiesigen D. T.-Vereine haben sich dankenswerteweise bereit erklärt, den Nachmittag durch besondere Vorführungen verschönern zu helfen. Mithin steht der turn- und sportfreudigen Bürgerschaft von Soest ein Nachmittag von seltenem Genuß bevor. Aber auch ihr ländlichen Turnvereine kommt in hellen Scharen nach Soest, denn hier könnt ihr zum Nutzen eures Vereins mit den Augen „stehlen". Durch die an der Kasse erhältlichen Programme ist es den Besuchern möglich, die erreichten Punktzahlen der einzelnen Turner selbst zu notieren und Vergleiche auf Siegesaussichten anzustellen. Die Eintrittspreise von Rm. 0,50 und Rm. 0,20 für Erwerbslose mit Ausweis u. Jugendliche sollen es jedem ermöglichen, diesem Großkampftag beizuwohnen; denn:

Turnen ist ein köstlich Spiel,
Turnen hat ein hohes Ziel;
Turne drum, wer mag und kann,
Turne Knabe, Mädchen, Mann!
Turnen reißt von Trägheit los,
Turnen zieht die Kräfte groß,
Turnen fördert Schick und Schwung,
Turnen schafft Begeisterung! Gut Heil!

Endlich Siegel-Thierbach in Dortmund . . .

Weitere Verpflichtungen für die „Nacht."

Für das **8-Stunden-Mannschaftsrennen „Die Nacht"**, das vom 29. auf 30. Oktober in der **Westfalenhalle** stattfindet, wird nunmehr auch der Start der für Dortmund schon lange fälligen Sechstagemannschaft, **Siegel—Thierbach,** zur Tatsache. Die berühmten Straßen- und Sechstagefahrer waren die Helden des letzten Pariser Sechstagerennens und warteten auch auf allen übrigen europäischen Winterbahnen mit großen Leistungen auf, sodaß man auf ihr Dortmunder Debut besonders gespannt ist. Als weitere Teilnehmer für die Mammutprüfung stehen die Schweizer **Dinkelkamp—Gilgen** fest. Auch Dinkelkamp ist für Dortmund ein neuer Mann, der in Sprinterprüfungen schon alle Größen wie Michard, Kaufmann und Engel schlug. Der Rundfahrtsieger Hermann Buse erhielt auf Grund seines guten Abschneidens im 100-Klm.-Mannschaftsrennen ebenfalls einen Vertrag. Auch die Dortmunder Paare **Vopel-Korsmeier** und **Senge—Tießinski** werden wieder mit von der Partie sein, sodaß bisher folgendes Feld feststeht:

Siegel—Thierbach,
Pijnenburg—Braspenning (Holland),
Funda—Maidorn,
Schön—Buschenhagen,
Vopel—Korsmeier,
Van der Horst—van Oers (Holland),
Senge—Tießinski,
Kroll—Tietz,
Buse— ?
Dinkelkamp—Gilgen.

Amt Werl, 20. Okt. **Reichsfleischbezugsscheine für den Winter 1932/33.** Die Ausgabe der Reichsfleischbezugsscheine für die Zeit vom 17. 10. bis einschließlich zum 30. 11. 1932 erfolgt für die Gemeinden des Amtes Werl außer den Gemeinden Wickede-Ruhr und Wiehagen am Samstag, den 22. d. Mts., in der Zeit von 8—11 Uhr im Amtsbüro. Für die Gemeinden Wickede-Ruhr und Wiehagen ist der Ausgabetermin auf Mittwoch, den 26. ds. Mts., (Amtstag in der Wirtschaft Th. Arndt), in der Zeit von 14—16 Uhr angesetzt.

VfR. Soest — Sp. V. Bockum-Hövel 1:1 (1:0).

Wer geglaubt hatte, die Hiesigen würden dem Spitzenführer glatt unterliegen, der wurde angenehm enttäuscht. Die Soester hätten beinahe den Spieß umgedreht und dem Tabellenführer beide Punkte abgeknöpft. Nur durch unglückliche Zwischenfälle gelang den Hövelern zwei Minuten vor Schluß der Ausgleich und zwar nur durch Elfmeter.

Leider litt das Spiel sehr unter der Ungunst der Witterung, trotzdem hatte sich eine ansehnliche Zuschauermenge eingefunden, die einen schönen u. fairen Kampf zu sehen bekam. Die Soester waren gut in Schwung und schufen vor dem Höveler Tor sehr brenzliche Momente. Die Ausbeute dieser Drangperiode war aber nur ein Tor. Der Torwart des Gegners hatte einen hohen Ball zu schwach abgewehrt und schon waren die Soester Stürmer zur Stelle. Brusis zog den Ball noch im Fallen ins Tor. Eine schöne Leistung. Die Höveler gingen jetzt zum Generalangriff über. Hierbei zeichnete sich besonders der Linksaußen aus, der das Tor der VfR.-ler des öfteren in hohe Gefahr brachte. Aber Verteidigung und Torwart standen wie eine Mauer und ließen keinen Erfolg zu. Nach Halbzeit dasselbe Bild. Wechselnde Angriffe — viel Glück auf beiden Seiten. Der Linksaußen der Gäste wurde durch die aufmerksame Bewachung, die er durch Scharf 2 erfuhr, ziemlich kaltgestellt. Tore hingen in der Luft, wer würde der Glücklichere sein. Bei einer Abwehr der Verteidigung stürzte ein Spieler der Gäste im Strafraum. Der Schiedsrichter gab Elfmeter, eine sehr harte Entscheidung. Aber das Glück war den Soestern hold, der Elfer wurde verschossen. Unentwegt griffen die Gäste an, die Hintermannschaft der Soester hatte schwere Arbeit zu leisten, entledigte sich ihrer Aufgabe aber in bester Weise. Das Spiel wurde zum Schluß sehr aufgeregt. Bei einer Eckenserie für Hövel machte Schmidt unnötiger Weise Hand — wieder Elfmeter — und das zwei Minuten vor Schluß. Der sehr scharf geschossene Ball wurde von Baroth gehalten, durch die Wucht des Balles drehte sich der Ball über Baroth. Der Schiedsrichter gab Tor, ob es stimmte? Kurz darauf ist Schluß.

Durch dies Spiel hat der VfR. bewiesen, daß er keinen Gegner zu fürchten braucht, die Mannschaft spielt sich in eine immer bessere Form. Der Sturm ist durch die Einstellung von Brusis stärker geworden. Einen Mann als den besseren bezeichnen, hieße ihn den anderen vorziehen. Es spielte eben eine Mannschaft.

Der Gegner hielt was er versprochen hatte. — Wenn er in Soest nicht gewinnen konnte, so lag das nur an dem Widerstand, der ihm geboten wurde. Gut waren linke Seite, Mittelläufer und Torwart.

Liga-Reserve gegen 1. Mannschaft Ampen 5:2.

Die Reserve war dem Gegner überlegen u. siegte ziemlich sicher, wenn auch die Hintermannschaft der Reservisten sehr zu wünschen übrig ließ. Die treibende Kraft war Loer, der drei glänzende Tore schoß.

Rotationsdruck und Verlag des „Soester Kreisblatt". (Geschwister Mayne). Verantwortlich für Politik: Herm. Mayne; für Lokales, Provinzielles, Sport u. den übrigen redaktionellen Teil: J. Müller; für den Anzeigenteil: Carl Mayne sämtlich in Soest.

Bekanntmachung.

Regierungsbezirk Arnsberg, Kreis Soest.
Voraussichtliche Hektarerträge auf Grund der Ernteschätzung vom 1. Oktober 1932.

Fruchtarten usw.	dz Staat	dz Reg.-Bezirk
Winterweizen	22,6	24,4
Sommerweizen	22,0	21,4
Spelz (Dinkel)	15,4	—
Winterroggen	18,8	22,1
Sommerroggen	14,0	12,9
Wintergerste	25,3	25,8
Sommergerste	20,6	16,3
Hafer	20,7	18,8
Spätkartoffeln	165,8	177,2
Zuckerrüben	275,1	237,8
Futterrüben	395,1	479,8
Runkeln (Kohlrüben, Steckrüben, Wrucken)	343,5	353,2
Mohrrüben	252,5	184,8
Weißkohl	325,5	368,3
Zwiebeln	235,7	141,4

Der Saatenstand Anfang Oktober 1932.

Fruchtarten usw.	Durchschnittsquoten für den Staat	Reg.-Bezirk
Spätkartoffeln	2,7	2,6
Zuckerrüben	2,7	2,6
Futterrüben (Runkeln)	2,7	2,8
Kohlrüben (Steckrüben, Wrucken)	2,8	3,0
Mohrrüben	2,7	3,2
Weißkohl	2,9	2,9
Zwiebeln	2,8	3,0
Andere Kohlarten	2,9	2,9
Klee auch m. Beim. von Gräsern	2,8	3,0
Luzerne	2,7	3,0
Wiesen m. Be- oder Entwässerungsanlagen (Rieselwiesen)	2,6	2,8
Andere Wiesen	2,8	3,1
Viehweiden	2,8	3,1

Soest, den 17. Oktober 1932.

Der Landrat.

Wirtschaftliches

Berliner Produktennotierungen.

Berlin, 20. Okt. Weizen, märk, 76 Kg. 196 bis 198 Brief, Okt.-Lieferung bis 208,50, Dez.-Lieferung 208,25—206, März-Lieferung 210,50—208, Roggen, märk., 71—72 Kg. 154—156, Okt.-Lieferung bis 161, Dez.-Lieferung 162—161,25, März-Lieferung 165,25—164, Gerste, Braugerste 175—185, Industrie- und Futtergerste 167—174, Hafer, märk. 131—138, Okt.-Lieferung 142,50 u. Brief, Dez.-Lieferung 139 bis 138, März-Lieferung bis 142,50, Weizenmehl 24,50—28, Weizen: gesetzl. Handelsklassen, Mischungen Gruppe II 208 frei Berlin bez., Roggenmehl 20 bis 22,50, Weizenkleie 9,25—9,00, Roggenkleie 8,40 bis 8,80, Viktoriaerbsen 22—26, Kleine Speiseerbsen 20 bis 23, Futtererbsen 14—17, Wicken 17—20, Leinkuchen ab Hamburg 10,30—10,50, Erdnußkuchen 50 Proz. ab Hamburg 11,20, Erdnußkuchenmehl 50 Prozent ab Hamburg 11,40, Extrah. Sojabohnenschrot 46 Prozent ab Hamburg 10,30, do. 46 Prozent ab Stettin 11,10 M.

Bekanntmachung

für das Amt Lohne.

Die Ausgabe der Fleischkarten an die Bezugsberechtigten erfolgt **am Sonnabend, den 22. Oktober 1932, vormittags 8—10 Uhr** auf dem hiesigen Amtsbüro.

Lohne, den 20. Oktober 1932.

Der Ehrenbürgermeister.

Kaffee Hag nicht teurer als anderer guter Bohnen-Kaffee. – Seit 1930 **31% billiger**

Holk der Narr

Roman von Arno Franz

URHEBER-RECHTSSCHUTZ: VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU.

(15. Fortsetzung.)

„Muß es sein, Mia! Ich bin wenig in Stimmung!"

„Durchaus nicht! Ich bin schuld an dieser Stimmung. Du hast um zehn Uhr im Büro zu sein. Ich hätte mich nicht verspäten sollen. Komm, gehen wir durch die Felder zurück!"

Rainer zog das blaue Jackett über den weißen Pullover und rückte den Stuhl beiseite.

„Darf ich dich führen?" fragte er.

Mia sah ihn an, als ob sie ihn nicht recht verstanden hätte.

„Nur ein Stückchen!" sagte er. „Es muß schön sein, so zu zweien — — Arm in Arm — — durch den Morgen!"

„Was noch alles, mein Lieber! Zu zweien Arm in Arm! Mit jedem Tage wirst du unbescheidener. Ich werde mich nach einem anderen Partner umsehen müssen."

„Das wirst du nicht!" sagte er, während er das auf den Tennisplatz führende Pförtchen öffnete. „Erfreulicherweise bin ich der einzige leidlich gute Spieler auf zwanzig Kilometer im Umkreise."

„Leider wieder ein Beweis, wie nötig Konkurrenz ist!"

Ueber Rainers Gesicht lief ein Schatten, und als er Mia an einer besonders ausgefahrenen Stelle des Feldweges stützen wollte, sie ihm aber auswich, vertiefte sich dieser Schatten.

Mia sah es und lachte.

„Ja, wenn man den Kleinen einen Wunsch versagt, verziehen sie das Mündchen," scherzte sie. „Die Großen kokettieren mit ihrem beleidigten Ich. Wo mag es den Mann geben, der sich gleich bleibt und wo den, der sein Wort zu halten und eine Freundschaft ernst zu nehmen weiß? Man sucht ihn, glaube ich, vergeblich!"

„Lieber Himmel, was ist da schon Schlimmes dabei, wenn man eine Dame stützen will!"

„Nichts, wenn es nur das wäre. Aber es ist mehr! Und deshalb ist es überflüssig!"

„Was du als überflüssig bezeichnest, ist nur zu erklärlich."

„Natürlich, man muß sich selbst entschuldigen!"

„Bitte, durchaus nicht!"

„Schieß los — ich höre!"

„Die Freundschaft ist der Anfang des Sichfindens, die Liebe ist die Fortsetzung, und die Ehe der Schluß. Und das ist gut so!"

„Ach nee!"

„Doch! Wie sollte man sich näher kommen. Und in die Seele sehen können ohne vorausgegangenen freundschaftlichen Verkehr? Wir kennen uns von klein auf. Früher warst du mir gleichgültig — —."

„Das ist ja nett!"

„Aber wahr! Die Wahrheit ist Voraussetzung wirklicher Kameradschaftlichkeit."

„Gut! — Also weiter!"

„Mit den Jahren habe ich dich schätzen gelernt. Du bist mir wert geworden. Und wenn ich wünsche, du möchtest einst mir gehören, mir allein, für immer, für das ganze Leben, so ist das wohl ohne große Mühe zu verstehen."

Mia blickte nachdenklich vor sich hin. Was Rainer da erzählte, freute sie. Sein Empfinden schien nicht oberflächlicher Art. Und doch — — —! Sie hob plötzlich den Kopf.

„Wohl verstehe ich das," sagte sie. „Aber warum davon reden? Warum es zeigen? Warum das blöde Getue vorher? — Nimm mir's nicht übel, Rainer, ich finde das fad!"

Rainers Mund umspielte ein Lächeln. Ein Gedanke kam ihm. Halb überlegen, halb ironisch fragte er: „Sag' mal, Mia, wie würdest du denn werben, wenn du ein Mann wärst? Oder würdest du vor lauter Courage dich gar nicht getrauen?"

Ohne Besinnen antwortete sie: „Schmus würde ich nicht machen. Bestimmt nicht! Man fühlt doch, wenn einen jemand gern hat. Fragen ist da doch vollkommen unnötig. — Wenn man's raus hat, was den andern bewegt, und man weiß selbst vor Erregung und Befangenheit nicht mehr aus noch ein, dann nimmt man kurzerhand den anderen um den Kopf und sagt: „Wir haben uns lieb. Warum quälen wir uns. Komm — laß uns vor Gott und den Menschen verbunden sein!" — So, glaube ich, würde ich handeln und reden. Aber vielleicht würde ich auch nicht mal das tun. Unter Umständen genügt ja auch ein Händedruck."

In Rainer kribbelte und krabbelte es. Eine unbändige Freude war in ihm! Schade, daß die Zeit eilte, und die Pflicht rief. Er wäre so gern noch stundenlang mit Mia gewandert und mußte ihr doch in den nächsten Minuten schon Lebewohl sagen. Am Gedächtnisplatz trennten sich ihre Wege.

„Dankbar bin ich dir, Mialein, von ganzem Herzen dankbar. Bist wirklich ein sehr liebes und famoses Kerlchen."

„Bitte sei so gut! Liebes und famoses Kerlchen — — wie in den allerübelsten Romanen!"

„Aber geadelt durch tiefstes Empfinden. O Gott, Mialein, Mädelchen — weißt du was ich möchte?"

„Bestimmt nichts Gescheites!"

„Dein Rezept befolgen, dich um den Kopf nehmen und —"

„Unterstehʼ dich's," rief sie in komischem Entsetzen. „Du bist auf dem besten Wege, dich unbeliebt zu machen. Servus!"

Scherzend salutierte er mit dem Rakett.

„Ich verspreche Besserung, meine Gnädigste und bitte um freundliches Gedenken."

„Auch noch!"

Lachend gingen sie auseinander.

* * *

Werner Holk war sehr erstaunt, als ihm acht Tage später Fräulein Eisold den Herrn Kommerzienrat Hippelt meldete. Was wollte der von ihm?

„Ich lasse bitten!"

Kommerzienrat Hippelt trat ein. Er hatte wie immer kurzen Atem, und es dauerte eine ganze Weile, ehe er im Sessel zur Ruhe gekommen war.

„Immer noch das Asthma, Herr Kommerzienrat?"

„Ja . . . ja . . . eigentlich jetzt wenig! Bei der Witterung da geht es. Es ist mehr der Aerger! Immer Aerger!"

Werner Holk lachte kurz auf.

„Wollen Sie den bei mir abladen?"

„Abladen, nööö . . . das nicht, aber ich muß mal mit Ihnen reden, lieber Holk! Wir sind doch alte gute Freunde, nicht wahr, lieber Holk?"

„Wir haben noch nie Differenzen miteinander gehabt, stimmt, stimmt, Herr Kommerzienrat! Also was haben Sie Gutes? Ist's was Geschäftliches?"

„Nö, kommt nicht in Frage! Unsere Betriebe sind zu verschieden. Ein Kompagniegeschäft wie mit Stein . . . nö, keine Sorge!"

„Also etwas Privates! Erleichtern Sie Ihre Seele, Herr Kommerzienrat!"

(Fortsetzung folgt.)

Aus Westdeutschland

Aus niederrheinischen Landen

Eine 100köpfige Schmugglerbande gestellt

Zollbeamte stellten im Aachener Wald eine Schmugglerbande von 100 Personen und beschlagnahmten eine große Menge Waren.

Das Grubenunglück auf „Sophia Jakoba"

Die Schlagwetterexplosion auf der Zeche „Sophia Jakoba" in Hückeshoven hat bis jetzt

sechs Todesopfer

gefordert. Der Bergmann Harnau, der mit fürchterlichen Verbrennungen in das Linnicher Krankenhaus eingeliefert worden war, starb. Dann ist auch der Bergmann Bohm gestorben.

Die Ursache

Es hat sich, wie das Oberbergamt Bonn mitteilt, um eine örtliche Schlagwetterexplosion in einem etwa 35 Meter hohen Oberwerksbau über eine Grundstrecke im Flöz A gehandelt. Die Explosion ist auf ihren Herd beschränkt worden. Es steht fest, daß zur Zeit der Explosion Grubengase in großen Mengen vorhanden gewesen sind. Der nicht verunglückte Schießmeister des Reviers hat dies festgestellt. Die Entzündung ist aller Wahrscheinlichkeit nach auf die Benzinsicherheitslampe des Schießmeisters zurückzuführen. Bei einem Versuch, die vorher erloschene Lampe wieder anzuzünden, erfolgte die Explosion. Die Lampe wird in der Versuchsstrecke Dortmund-Derne noch näher untersucht. Die Schwerverletzten konnten bisher noch nicht vernommen werden.

Schiltmeyer für seine Tat verantwortlich

Der Raubmordversuch auf der Königsallee kommt vors Sondergericht

Der Lehrling Schiltmeyer, der am 9. vor. Mts. in einem Hause der Königsallee in Düsseldorf den Geldbriefträger Lakmann überfallen, schwer verletzt und dann beraubt hatte, wurde nunmehr, nachdem er drei Wochen zur Beobachtung in der Irrenanstalt Bedburg-Hau war, dem Düsseldorfer Untersuchungsgefängnis zugeführt. Da keine Anzeichen einer Unzurechnungsfähigkeit vorhanden sind, wird Schiltmeyer sich am kommenden Montag vor dem Sondergericht wegen schweren Raubes und Mordversuchs zu verantworten haben

Düsseldorf. 600 % Bürgersteuer. Der Finanzausschuß nahm in seiner Sitzung von den Ausführungen der Verwaltung über die Bürgersteuer für das Jahr 1933 Kenntnis. Die kommunistische Fraktion lehnte die Erhöhung der Bürgersteuer ab. Die Vertreter der übrigen Fraktionen erklärten, in der Kürze der gestellten Frist eine endgültige Stellung nicht nehmen zu können. Draufhin stellte der Oberbürgermeister fest, daß er genötigt sei, ähnlich dem Vorgehen in den übrigen Städten, die Bürgersteuer für 1933 auf 600 Prozent des Landessatzes festzusetzen.

Gefängnis für einen gewissenlosen Spekulanten

Im Gefängnis verhaftet

Die Große Strafkammer Köln verurteilte den 59 Jahre alten Bankier Karl Tillmann, den früheren Inhaber des zusammengebrochenen Bankhauses Tillmann u. Co., K.-G., Köln, wegen Vergehens gegen das Bankdepotgesetz und fortgesetzter Unterschlagung zu einer Gesamtgefängnisstrafe von einem Jahr 10 Monaten. Tillmann hatte ihm anvertraute Wertpapiere in großen Mengen bei anderen Banken lombardiert, um seinen eigenen Kredit zu erhöhen und sich in Spekulationen eingelassen, die zuungunsten der Bank ausliefen. Die Folge waren Zahlungseinstellung und Konkurs, bei dem sich die Lombardbanken an den ihnen ordnungsgemäß verpfändeten Papieren schadlos hielten, deren Besitzer aber leer ausgingen, da Tillmann die Effekten als seine eigenen verpfändet hatte. In Anbetracht der Höhe der Strafe wurde Tillmann im Gerichtssaal verhaftet.

Zum Tode verurteilt

Das Schwurgericht in Koblenz verurteilte den Metzger Viktor Krutzak aus Oberschlesien wegen Mordes an seiner Braut Erna Lange in Eller an der Mosel zum Tode. K. hatte am 12. September d. J. aus Verzweiflung über seine lange Arbeitslosigkeit und Aussichtslosigkeit einer Heirat die Lange im Hausflur der Langeschen Wohnung in Gegenwart der Mutter durch einen Revolverschuß tödlich verletzt. K. hatte seit längerer Zeit bei dem Obermüller Lange in Eller Unterkunft gefunden. Die jetzige Verhandlung ergab, daß K. sich seit längerer Zeit mit dem Gedanken trug, sich und seine Braut aus den oben angeführten Gründen zu erschießen, zumal die Eltern einer Verbindung zwischen der Tochter und K. stärksten Widerstand entgegensetzten. Am Morgen der Tat kam K. um 5 Uhr nach Hause und benutzte, als er gegen 8 Uhr in die Küche trat, einen kurzen Wortwechsel dazu, seinen Mordplan auszuführen. Er holte aus seiner Kammer einen am Tage zuvor gestohlenen Revolver und gab im Flur auf das Mädchen einen Schuß ab. Als er sah, daß es noch lebte, versuchte er, einen zweiten Schuß abzugeben, der infolge Ladehemmung jedoch nicht losging. Das Mädchen starb an den Folgen innerer Verblutung nach zwei Tagen. Der Mörder stellte sich der Polizei.

Köln. Eine Scheune durch Großfeuer vernichtet. Abends entstand in den Fruchtschuppen des Grülhofes in Köln-Merheim (rrh.) ein großes Schadenfeuer. Ein Geräteschuppen mit landwirtschaftlichen Maschinen wurde ebenfalls vom Feuer betroffen. Die Feuerwehren aus Köln und Köln-Mülheim konnten das Feuer erst nach angestrengten Bemühungen niederkämpfen. Der Sachschaden soll beträchtlich sein.

Andernach. Vater und Tochter tot gefunden. In einer Grotte des Andernacher Stadtwaldes wurden am Donnerstagmorgen die Leichen des 69 Jahre alten früheren Bankdieners Karl Proff sowie dessen 34jährige Tochter, die in Andernach als Hebamme tätig war, gefunden. Beide Personen wiesen Kopfschüsse auf. Wie die Mordkommission einwandfrei feststellte, kommt ein Verbrechen nicht in Frage. Es hat den Anschein, daß Vater und Tochter in gegenseitigen Einverständnis den Tod gesucht haben. Wirtschaftliche Sorgen dürften nicht Grund der Tat gewesen sein.

Trier. Ein taubstummes Kind in Brunnen ertrunken. Mehrere spielende Kinder entfernten vor dem Hause eines Landwirts in Bellingen Bretter und Steine, mit denen ein Brunnen zugedeckt war. Bald darauf wurde ein fünf Jahre altes, taubstummes Mädchen vermißt. Als man den Brunnen auspumpte, wurde das Mädchen als Leiche darin gefunden. Errichtet werden acht Doppelhäuser mit je vier Zimmern, Nebenräumen und Stall. Die Bauarbeiten, die etwa ein halbes Jahr in Anspruch nehmen werden, sind einer Remscheider Firma übertragen worden. Die Bürgschaft für die vom Reich gewährten Darlehen hat die Stadt Wermelskirchen übernommen.

Vom Mittel- und Oberrhein

Die Verteilung der Reichszuschüsse für Instandsetzung und Umbau von Wohnungen

Von den 50 Millionen Mark, die das Reich zur Gewährung von Zuschüssen für die Instandsetzung von Wohngebäuden, die Teilung von Wohnungen und den Umbau gewerblicher Räume zu Wohnungen gibt, werden erhalten:

Regierungsbezirk Köln für die Instandsetzung von Wohngebäuden 896 000 RM. und für Umbau und Teilung von Wohnungen 180 000 RM.

Regierungsbezirk Aachen 448 000 RM. bezw. 44 000 RM.

Regierungsbezirk Koblenz 512 000 RM. bezw. 52 000 RM.

Auf den Regierungsbezirk Trier entfallen für die Instandsetzung von Wohngebäuden 320 000 RM.; für den Umbau gewerblicher Räume zu Wohnungen erhält dieser Regierungsbezirk keine Mittel, wohl seines vorwiegend ländlichen Charakters wegen.

Totschlag in der Mühle

In Prüm entstand in einer Mühle zwischen dem 40 Jahre alten Landwirt Schilz und dem früheren Besitzer der Mühle, dem 30jährigen Müller Wolter, ein Streit, in dessen Verlauf ein Bruder des Schilz mit einer Hacke Wolter derartig auf den Kopf schlug, daß der Tod kurz darauf eintrat. Die beiden Brüder wurden festgenommen. Sie gaben an, in Notwehr gehandelt zu haben.

22 Jahre Zuchthaus für eine Kölner Diebesbande

Der tödliche Schuß an der Tankstelle in Remagen

Vor dem Koblenzer Schwurgericht wurde über eine vierköpfige Bande aus Köln verhandelt, von denen ein Beteiligter in der Nacht zum 26. Juli in Remagen an einer Tankstelle den Nachtwächter Röhrig niedergeschossen hat.

Der Kellner Welz will am Tage vorher von einem Unbekannten einen Revolver zum Weiterverkauf erhalten haben. Zufällig befand sich dieser Revolver bei der nächtlichen Diebesfahrt, die die vier auf einem von dem Arbeitslosen Feist in der Lütticher Straße in Köln gestohlenen Motorrade von Köln aus den Rhein hinauf unternahmen. In Bonn versuchten die vier Angeklagten sich die unbequeme Reise zu erleichtern, und drei von ihnen machten sich an einen vor einer Gastwirtschaft stehenden Personenwagen, während der vierte Schmiere stand. Der Besitzer war aufmerksam gemacht worden, wurde aber bei seinem Herannahen von Welz niedergeschlagen und dann von Schalk mit der Pistole zum Rückzug gezwungen. Die Bande ließ den Wagen stehen und fuhr nach Remagen weiter. Dort erbrachen sie eine Tankstelle. Schalk und Welz holten aus einer nahen Garage einen Personenwagen; Feist und der vierte der Bande, der Garagenwächter Bell aus Köln, hielten Wache. Zwei Nachtwächter, Reif und der erschossene Röhrig, stellten die Bande im Augenblick der Abfahrt. Schalk zog den Revolver und schoß den Nachtwächter Röhrig nieder. Der Schuß auf den Nachtwächter Reif ging fehl. Röhrig starb einige Minuten nach der Tat. Bell, Feist und Welz wurden noch in derselben Nacht in Niederbreisig gefaßt, während Schalk sich einige Tage später der Polizei stellte.

In der jetzigen Verhandlung bestritten mehrere Angeklagte ihre Schuld. Schalk gab an, der Schuß sei von selbst losgegangen. Das Gericht schenkte dem Angeklagten auf Grund der Zeugenaussagen keinen Glauben und verurteilte Schalk wegen vorsätzlicher Tötung, Bandendiebstahls und Nötigung zu 12 Jahren, den 18 mal vorbestraften Welz wegen schweren Diebstahls und Nötigung zu vier Jahren und drei Monaten, Feist zu zwei Jahren und drei Monaten und Bell zu drei Jahren Zuchthaus. Dem Haupttäter Schalk wurden die Ehrenrechte auf zehn und den anderen auf fünf Jahre aberkannt.

Schatzanweisungen für Steuerschulden?

Die Feststellungsklage des Frankfurter Rechtsanwalts Dr. Eitlinger abgelehnt

Wie der von Dr. Fontheim-Berlin geleitete Schutzverband der Gläubiger der Kölner und Frankfurter Schatzanweisungen mitteilt, will er sich entschieden dafür einsetzen, daß diese Städte nach dem Muster von Magdeburg die Schatzanweisungen wenigstens bis zu einem gewissen Grade für Steuerschulden in Anrechnung bringen. Viele Mitglieder des Schutzverbandes stünden weiter auf dem Standpunkt, daß es kaum eine gerechte Lösung sein würde, wenn als Vertreter der Gläubiger lediglich der von den Banken vorgeschlagene Ministerialdirektor Bail gewählt würde, da eine dem Zentralverband angehörige Bank bezüglich der Finanzen von Köln Sonderinteressen habe. Die Befürchtung sei daher nicht ganz von der Hand zu weisen, daß der vom Zentralverband gewählte Vertreter bei der Wahrnehmung der Interessen der Gläubiger der jetzt fälligen Schatzanweisungen unwillkürlich in einen gewissen Interessenkonflikt gerate.

Die von dem Frankfurter Rechtsanwalt Dr. Ettlinger namens seiner minderjährigen Kinder angestrengte Feststellungsklage, daß die Stadt zur Zahlung der bereits am 1. Oktober d. J. fällig gewesenen Schatzanweisungen am 31. Dezember verpflichtet sei, ist von der Vierten Zivilkammer des Landgerichts Frankfurt abgewiesen worden, weil nach dem Erlaß einer Notverordnung und der Einberufung einer Gläubigerversammlung einer solchen Notwendigkeit die Grundlage entzogen sei.

Die Stadt Münster verliert einen Millionenprozeß

Auch für andere Städte von Bedeutung

Am Donnerstagmorgen wurde in einem Prozeß das Urteil gefällt, der seit fünf Jahren das Gericht beschäftigte. Es handelt sich hier um folgendes:

Im Jahre 1918-19 verteilte die Stadt Münster an die Firma Drahtweberei Julius Hupfer in der Nähe des Hafens von ihrem ausgedehnten Industriegelände eine Fläche von 4 Hektar, 2 Ar, 66 Quadratmeter. Im Jahre 1924 ging die Stadt dazu über, auf einem benachbarten Grundstück eine Ausstellungshalle zu errichten. Als mit dem Bau begonnen war, wurde beschlossen, die Ausstellungshalle größer als ursprünglich beabsichtigt war, zu bauen, um zugleich Raum für große sportliche Veranstaltungen und Massenkundgebungen zu schaffen. Mitbestimmend dürfte seinerzeit der Umstand gewesen sein, daß andere Städte des Ruhrbezirks gleichfalls zur Errichtung großer Ausstellungshallen übergegangen waren (z. B. Dortmunder Westfalenhalle). Man wollte in dem Konkurrenzkampf der Städte nicht den kürzeren ziehen. Es wurde jetzt auf einen Teil des der Firma Hupfer seinerzeit abgetretenen Geländes zurückgegriffen und, nachdem Einigungsverhandlungen über einen freiwilligen Verkauf gescheitert waren, von dem Gesamtgelände 2 Hektar, 7 Ar, 9 Quadratmeter im Enteignungsverfahren in Anspruch genommen und zum Bau der Halle Münsterland verwandt.

Im Enteignungsfeststellungsverfahren wurde für die enteignete Fläche eine Summe von 625 329 RM. festgesetzt. Die Stadt Münster klagte jetzt auf Herabsetzung dieser Summe auf 500 000 RM., während die Firma Hupfer Heraufsetzung beantragte. Sie kam hierbei bei der Abwägung des subjektiven Werts neben dem tatsächlichen Grundstückswert zu einem Betrag von etwa 2½ Mill. RM..

Das Gericht fällte jetzt ein Urteil, das sich ungefähr in der Mitte der beiden Summen bewegt und die Stadt verurteilt, eine Entschädigung von 1 290 480 RM. nebst Zinsen zu zahlen. Die Zinsen dürften sich auf rund 780 000 RM. belaufen. In Abrechnung kommen 650 000 RM., die die Stadt an die Firma Hupfer bereits gezahlt hat. Von den Verfahrenskosten hat die Stadt $^{4}/_{11}$, die Firma Hupfer $^{7}/_{11}$ zu tragen.

Dem Urteil kommt nicht nur für Münster, sondern auch für verschiedene andere Städte Bedeutung zu, weil eine Reihe ähnlicher Fälle in anderen Städten auf Grund dieses Urteils erledigt werden soll.

Es steht noch nicht fest, ob das Urteil von einer der beiden Parteien angefochten wird.

Bergisches Land und Südwestfalen

Das Auto in der Männergruppe

Auf der Straße zwischen Nutlar und Olsberg (Kreis Olpe) ereignete sich ein schweres Autounglück. Ein aus Richtung Nutlar kommender Personenwagen rannte kurz nach Mitternacht in eine Gruppe von Männern. Der Fabrikarbeiter Aloys Funke aus Bigge wurde von dem Wagen fast 100 Meter weit mitgeschleift und blieb dann tot liegen. Der Sattler L. Bathen aus Nutlar erlitt schwere Kopfverletzungen, mit denen er im Krankenhaus ernst daniederliegt. Ein noch unbekannter Mann erlitt Verletzungen am Arm. Der Führer des Personenwagens wurde verhaftet.

Hagen. Von einem Elektrokarren erdrückt. Auf dem hiesigen Güterbahnhof machte sich vormittags ein siebenjähriger Junge an einem Elektrokarren der Reichsbahn zu schaffen. Der Wagen setzte sich plötzlich in Bewegung und fuhr gegen den Lastwagen. Bei dem Anprall wurde der Junge buchstäblich zu Tode gedrückt.

Altena. Dr. Fuchs zum Landrat gewählt. In der Sitzung des Kreistages wurde der bisherige kommissarische Landrat Dr. Fuchs als Nachfolger des verstorbenen Landrats Dr. Graubner zum Landrat des Kreises Altena gewählt. Die Wahl erfolgte mit allen Stimmen gegen die Stimme des kommunistischen Mitgliedes. Dr. Fuchs war bis zu seiner Berufung zum kommissarischen Landrat bei der Regierung in Arnsberg als Oberregierungsrat tätig.

Wermelskirchen. Stadtrandsiedlung. Der Wermelskirchener Verein der Stadtrandsiedler hat nunmehr das an der Frohntaler Straße angekaufte 1500 Ruten große Grundstück aufgeteilt. Vorläufig werden 16 Siedlerstellen errichtet, für die das Reich je 2500 RM. Zuschuß gibt.

Aus dem Ruhrbezirk

Bochum. Der neue Trick eines Darlehnsbetrügers. Mit einem ganz neuen Trick arbeitete ein gerissener Schwindler, der vor einigen Tagen in einer Nachbarstadt auftrat. Der Betrüger stellte sich in einem Geschäft als angeblicher Vertreter der Luxemburger Firma O. Schwall u. Co., Rue Wedel 6, mit Namen Ernst Seifert vor. Nachdem er schon Bestellungen gemacht hatte und während man sich noch weiter in geschäftlichen Verhandlungen befand, fing er plötzlich an zu stöhnen und gab an, daß er einen Autounfall gehabt und nun Schmerzen an den Zähnen habe, die von den dort befestigten Klammern herrührten. Er wollte dann zu einem Arzt geführt werden und bat um einen Geldbetrag, da seine Brieftasche im Auto zurückgeblieben sei. Der Geldbetrag wurde ihm gegeben, den er noch am gleichen Abend zurückschicken wollte. Natürlich wartet der hilfsbereite Kaufmann noch heute auf sein Geld.

Duisburg. Verzweiflungstat einer Mutter. Am Mittwochabend erschien ein etwa 23 Jahre altes Mädchen aus dem Stadtteil Beeck bei einem Arzt und bat um die Ausstellung einer Sterbeurkunde für seinen 14 Tage alten Knaben. Der Arzt stellte fest, daß der Säugling eines unnatürlichen Todes gestorben war. Von der Kriminalpolizei wurde das Mädchen festgenommen. Die Festgenommene gab an, das Kind morgens gegen 9 Uhr aus einem Säuglingsheim geholt zu haben. Sie habe damit aber nicht zu ihren Eltern kommen dürfen und sei planlos umhergeirrt. Gegen 15 Uhr habe sie dann den Entschluß gefaßt, ihr Kind zu töten. Sie habe dem Säugling einen Stein in die Luftröhre gedrückt und so den Tod herbeigeführt.

Menschen ohne Schlaf

Dieser Tage starb, wie Zeitungen zu melden mußten, ein Mann, der 18 Jahre lang keinen Schlaf fand. Als Offizier im Felde, wurde er verwundet, die Kopfverwundung, die sonst keine Folgen hinterließ, stellte sich für den Mann jedoch als ein Martyrium heraus. Die Gehirnzelle, die dem Schlaf dient, den Schlaf verursacht, den Menschen in die Gefilde der Seligkeit versetzt, muß verletzt worden sein, denn trotz aller Müdigkeit kam diesem Kriegsverletzten 18 Jahre lang kein Schlaf. Er wartete von Tag zu Tag, von Nacht zu Nacht, wälzte sich auf seinem Lager, machte wohl die Augen zu, aber der Schlaf blieb aus. Er wachte 18 Jahre lang. Jeder, der unter Schlaflosigkeit leidet, wird sich vorstellen können, was es heißt, 18 Jahre lang ohne Schlaf zu bleiben. Die Aerzte waren machtlos. Sie versuchten mit allen möglichen Narkotika, der Mann erhielt so viel Schlafmittel, wie er überhaupt vertragen konnte, aber nur die allerschwersten betäubten ihn, versetzten ihn für höchstens eine Stunde in einen Dämmerzustand. Schlaf war es nicht. Diese Schlafmittel machten den sonst gesunden Mann aber krank, er starb, weil er nicht schlafen konnte infolge der Schlafmittel.

Hier ist also ein Fall, daß ein Mensch ohne Schlaf leben muß. Wie oft ist nun versucht worden, festzustellen, wie lange der Mensch dem Schlaf trotzen kann? Der gesunde Mensch kann sich nicht lange gegen den Schlaf wehren. Der Schlaf besitzt eine Gewalt, der niemand zu trotzen vermag. In Paris schloß vor einigen Jahren eine fidele Gesellschaft eine Wette ab, wer am längsten ohne Schlaf bleiben könne. Und um den Schlaf zu verscheuchen, waren alle Mittel erlaubt. Man tanzte, man spielte, man ritt, man hielt sich immer in Bewegung. Und nach drei Tagen und drei Nächten zeigte sich die Erschlaffung des ersten, er fiel mitten im Tanz zu Boden und schlief ein. Einige Stunden später fand man einen anderen Wetter am Spieltisch, an dem es um Tausende ging. Und Spiel soll ja aufregen. Der letzte versuchte es mit Reiten und trotzte dem Schlaf fünf Tage und Nächte. In der fünften Nacht fiel er vom Pferde, brach ein Bein, schlief aber trotz heftigster Schmerzen sofort ein. Mächtig ist der Schlaf, und der Schlaf gehört zum Menschen. Er ist naturgegeben, er ist eine Naturnotwendigkeit. Wohin man in der Natur schaut, überall sieht man den Schlaf. Das Grashälmchen hält seinen Schlaf und das primitivste Tier.

Es ist schon weise eingerichtet, daß dem Wachzustande eine Entspannung folgen, die menschliche Maschine gewissermaßen zum Stillstand kommen muß. Das wäre nicht der Fall, würde das menschliche Wollen, das Gedankenzentrum nicht ausgeschaltet. Nur weil der Schlaf den Menschen willenlos macht, kann sich der Mensch wirklich erholen. Körper und Geist entspannen sich. Zu bedauern die Menschen, die keinen Schlaf finden können. Das ist eine krankhafte Erscheinung. Sie werden müde sein, willenlos, mürrisch, unbrauchbar. Und es ist verständlich, wenn der Arzt darauf sieht, daß der Patient seinen geregelten Schlaf hat. Es ist ein Versuchen der Natur, gegen den Schlaf anzukämpfen, und ein Leiden, nicht schlafen zu können. Was aber ist die Schlaflosigkeit vorübergehender Natur gegen den Nichtschlaf 18 Jahre hindurch? Hier gibt es schon Mittel, die helfen können. Der Mensch, der zum Nichtschlaf verurteilt ist, ist, wie man sieht, aufs tiefste zu bedauern.

Lichtstrahlen als Hilfsmittel des Verkehrs

Es ist kein Geheimnis mehr, daß die Banken ihre Tresorräume vor Einbrechern zu schützen suchen durch eine schwache versteckt angebrachte Lichtquelle mit unsichtbaren Strahlen, die auf eine Selenzelle gerichtet sind und ein Alarmwerk auslösen, sobald sie unterbrochen werden. Auch die Zollbehörden benutzen die sichtbaren und unsichtbaren Strahlen neuerdings, um das heimliche Treiben der Schmuggler ihrem Zugriff offen zu legen, indem sowohl die Landgrenzen, wie z. B. auch die Hafeneinfahrten durch die unbestechlichen und fast unfehlbaren Strahlen gesichert werden.

Die Mittel zu dieser Indienststellung des Lichtes für den Menschen beruhen auf der Erkenntnis, daß alle sichtbaren und unsichtbaren Strahlen sich nur durch ihre Wellenlänge unterscheiden und daß die Selen- oder Lichtempfindlichen Zellen, sobald Licht darauf fällt, diese Lichtenergie unmittelbar in elektrische Energie umwandeln, die verstärkt und weitergeleitet werden kann. Auf diese Weise haben die Amerikaner vor kurzer Zeit sogar durch das von einer Selenzelle aufgefangene Licht eines bestimmten Sterns das Tor zu einer Ausstellung geöffnet und so das Weltraumlicht in den Dienst der Reklame gezwungen.

Die Selenzelle ist auch imstande, Zigarren, Kaffeebohnen usw. als zu dunkel oder zu hell am laufenden Band auszusortieren, Gegenstände zu zählen, Schaufenster durch Vorübergehende zur Beleuchtung zu bringen und sonstige fast wunderbare Wirkungen hervorzubringen. Es ist daher verständlich, daß man dieses neuartige Hilfsmittel auch für Verkehrszwecke zu verwenden sich bemüht hat.

Den Gedanken, die Eigenschaften der Strahlen und der lichtempfindlichen Zellen für den Schalt- und Sicherungsdienst der Reichsbahn zur praktischen Verwendbarkeit auszubauen, hat sie auf Vorschlag des Reichsbahnrats Dr. Ing. Bäseler, München, aufgenommen und erprobt, der auf der Kölner Ausstellung „Der Schutz von Eigentum und Leben" einen Vortrag darüber gehalten hat. Das optische System trägt den Namen

„Opsi" — optische Sicherung.

Es beruht auf folgender Grundlage: Vorn an der Lokomotive befindet sich ein fein starkes Licht nahezu senkrecht nach oben ausstrahlender Scheinwerfer. Dieses Licht wird von einem auf der Strecke befindlichen, besonders gebauten Zeiß-Spiegel, dem Tripel- oder Raumspiegel, aufgefangen und auf die Lokomotive zurückgeworfen, wo es eine Selenzelle trifft, die das Licht leitend macht und über Verstärker und Relais die Bremse betätigt oder sonstige Wirkung auslöst. Die Lokomotive ist als Träger der Energiequelle und zugleich als Empfänger gewählt, weil auf der Strecke nicht überall genügend starke Stromquellen vorhanden sind, so daß der allerorts leicht anbringbare Spiegel nur als Auffang für das Scheinwerferlicht der Lokomotive dient, daß er zu einem kleinen Teil als auslösende Kraft wieder zurückwirft. Sowohl der Spiegel wie auch die Selenzelle an der Lokomotive sind gegen jegliche störenden Witterungseinflüsse nachhaltigst geschützt. Die optische Sicherung ist in der Lage, durch besondere Spiegelstellung mehrere unter sich verschiedene Wirkungen hervorzurufen.

Viele Unglücksfälle im Bahnverkehr entstehen dadurch, daß der Zugführer die Haltesignale überfährt, sei es aus Unachtsamkeit, sei es aus Gründen ungünstiger Witterung wie Nebel usw. Steht nun am Vorspiegel ein Tripelspiegel, so wird er auch bei Nebel die Selenzelle und damit die Bremse rechtzeitig in Tätigkeit setzen, falls der Zugführer es aus irgendeinem Grunde unterlassen hat. Handelt er dagegen nach Vorschrift, so wird die Zwangsbremsung ausgeschaltet. Die optische Sicherung überwacht also den Zugführer und macht die Folgen seines etwaigen Versagens unwirksam.

Im Bahnbetrieb werden die optischen Sicherungen für die verschiedensten Zwecke ausgeprobt, wie z. B. zur Sicherung einer Weiche gegen unzeitiges Umstellen, zur Freigabe der Strecke bei den besonders schnell fahrenden, leichten, demnächst zum Einsatz kommenden Triebwagen, da die jetzt gebräuchlichen Schienenkontakte auf leichte Fahrzeuge nicht ansprechen, als Zugschlußmelder zur völlig sicheren Prüfung, ob der Zug nicht auseinander gerissen ist, wozu jetzt rote Scheibe und Laterne am Zugende dienen, und zur Sicherung von unbeschrankten Wegübergängen. Da hier noch häufiger Unglücksfälle entstehen, so ist eine sichere Warnmöglichkeit durch rechtzeitige Ankündigung der Ankunft des Zuges von ganz besonderer Bedeutung. Die feinfühlige Vorrichtung wird sogar bei langsam fahrenden Güterzügen wie auch bei den mehrfach schnelleren Schnellzügen das Warnlicht in der für die vorbeugende Warnung notwendigen Länge der Zeit vor Eintreffen der Züge aufleuchten lassen können.

Nach Vorschlägen von Reg.-Baumeister a. D. Schiet soll der Tripelspiegel auch vom Straßenbahnwagen aus zur Steuerung der Weichen, für Kraftwagen bei Wegübergängen und Straßenkreuzungen, zur selbsttätigen Oeffnung der Garagentür bei Rückkunft, beim Ueberholen von vorausfahrenden „schwerhörigen" Lastkraftwagen und für eine Reihe von anderen Sicherungen und Erleichterungen im Verkehrsleben verwendet werden.

Obwohl schon eine Reihe von Verwendungsgebieten erprobt ist, müssen noch zahlreiche Versuche gemacht werden, die ebenso wie die umfangreiche Indienststellung der neuen Sicherungsmittel große Kosten verursachen. Deswegen ist die geldknappe Zeit der nächsten Zukunft für die breitere Ausführung dieser Pläne nicht sehr günstig. Aber sie eröffnen der Technik im Schutzdienste des Verkehrs schrittweise ein neues großes Arbeitsfeld, das sich in allen Ländern einführen dürfte und das auch die deutsche Reichsbahngesellschaft nach Maßgabe der verfügbaren Mittel sicherlich weiter beackern wird.

Jubiläum des Datums

Am 15. Oktober: 350 Jahre Gregorianischer Kalender

Von Werner Lenz

Hatte die julianische Zeitrechnung bereits zwei Jahre nach dem Tode Caesars, ihres Schöpfers, infolge falscher Schaltung es nötig, daß der Kaiser Augustus eingriff, um — nun allerdings für längere Zeit — einen erträglichen Modus zu schaffen, so stellten sich im weiteren Verlaufe der Jahrhunderte mit ihrer Geschichte und bei steigender Kritikfähigkeit der Wissenschaft ständig größere Abweichungen des Kalenderjahres vom astronomischen Jahre heraus. Im 12. Jahrhundert wurden die Hinweise auf die Unzulänglichkeiten in den zyklisch-mathematischen Grundlagen des julianischen Kalenders immer dringender; besonders hinsichtlich der Bestimmung des Ostertages — und mittelbar dadurch anderer kirchlicher Feste — ergaben sich je länger je mehr Schwierigkeiten, so daß die Konzilien zu Basel, Konstanz und Trient im Verein mit den Fachgelehrten eine neuerliche Reform der Zeitrechnung dringend befürworteten.

Immerhin fand sich erst in Papst Gregor XIII., der im Jahre 1572 sein Amt als Oberhaupt der katholischen Kirche antrat, der hierzu geeignete und entschlossene Mann. Nach Einholung wissenschaftlichen Rates und nach schließlicher Annahme des Kalenderplanes, der die Spannung zwischen kosmischer Zeiteinteilung und bürgerlichem Jahre so gut ausglich, daß sie durch Schalttage reguliert werden konnte und eine weiter noch bestehende kleine Differenz erst nach vielen Jahrhunderten neuerliche Maßnahmen geringeren Formates notwendig machen dürfte, befahl Gregor mit der Bulle „Inter gravissimas" vom Jahre 1582 die Einführung des neuen Werkes dergestalt, daß vom 4. Oktober des Jahres unmittelbar auf den 15. Oktober, den Beginn der neuen Zeitrechnung also, überzugehen sei. Diesem merkwürdigen Jahre 1582, das die gregorianische Zeitmessung einleitet, fehlen also die Tage vom 5. bis zum 14. Oktober.

Aber der Papst unterließ es, sonstigem Brauche widersprechend, diese wichtige, in das gesamte politische, kulturelle und wirtschaftliche Leben der Völker und Staaten tief eingreifende Neuerung mit den Staatsoberhäuptern zu besprechen oder sie ihnen anzuzeigen. Die Folge war eine heillose Verwirrung in dem Verkehr der Länder und Ländchen untereinander. Spanien, Italien, auch Bayern — um nur einige Staaten zu nennen, die den Befehl der Kurie als bindend ansahen — führten die revidierte Zeitrechnung schnell bei sich durch. Die griechisch-katholischen Länder waren ohne Annahme der Revision seitens des Metropoliten der Reform nicht geneigt, ganz besonders aber stellten sich die protestantischen Länder in Opposition.

Man mag heute lächelnd fragen, inwiefern konfessionelle Gründe zur Stellungnahme hinsichtlich einer rein astronomischen Angelegenheit von Bedeutung sein konnten, muß aber immerhin in Betracht ziehen, daß in jenen Jahrzehnten der Gegenreformation die Stimmung sehr gereizt war. Die Länder, vor allem die nichtkatholischen, sahen in der Kalenderreform eine Machtprobe des Heiligen Stuhles.

War somit festzustellen, daß bei Caesars Kalenderrevision ein Jahr der Verwirrung herrschte, so darf man jetzt bei der gregorianischen Reform von einem Jahrhundert der Verwirrung reden: Erst für das Jahr 1701 nahm die Gesamtheit der deutschen Staaten den gregorianischen Kalender grundsätzlich an, indem die Tage zwischen dem 18. Februar und dem 1. März 1701 gestrichen wurden. Letzte Störungen beseitigte dann gänzlich erst das Eingreifen des Preußenkönigs Friedrich im Jahre 1775. Schweden hatte erst 1753, England 1752 nachgegeben. Erwähnt werden darf hier, daß seinerzeit sich bereits Kepler warm für die päpstliche Kalenderreform eingesetzt hatte, leider mit nur geringem Erfolg. Bekanntlich haben die griechisch-orthodoxen Staaten wie Rußland, Griechenland, Rumänien und Bulgarien erst 1914 den verbesserten Kalender angenommen, die Türkei gar erst 1927. Der Geschichtsforscher muß noch heute bei Daten nach dem Oktober 1582 häufig aufmerksam prüfen, ob der sogenannte alte oder neue Stil mit dieser oder jener Datenangabe gemeint ist. Immerhin spricht es für den Wert des gregorianischen Kalenders, daß er auch der modernen kritischen Wissenschaft standhielt und uns jetzt noch dient. Sehr lange werden aber die Menschen wohl die Zeit nicht mehr nach ihm messen, wenigstens nicht in seiner inneren Aufteilung des Jahres, ein Fest der runden Zahl wie heuer wird er wohl nicht mehr feiern.



„Partie an der Rothenburger Stadtmauer".
Ein Scherenschnitt, der den verträumten Reiz des fränkischen Städtchens wiedergibt.



Heimkehr von der Feldarbeit
Gemälde von Josef Palo.

in seiner Sitzung in Köln, von diesem europäischen Treffen angesichts der politischen Weltlage abzusehen und dafür in der ersten Woche nach Pfingsten nächsten Jahres in München einen Deutschen katholischen Gesellentag abzuhalten. Das ist zugleich die erste das ganze Reich umfassende Zusammenkunft der Kolpingvereine.

Der Ring der Borgia

Ein Prozeß in Mailand

Es ist noch garnicht so lange her, daß durch die Tagespresse die Nachricht von der Entdeckung des furchtbaren Giftes ging, dessen sich die Borgia bedienten, um unbequeme Gegner ins Jenseits zu befördern. Mit welcher List und Verschlagenheit sie es immer und immer wieder verstanden, ihre argwöhnischen Feinde zu überlisten und welch raffiniert ausgedachten Mittel sie dabei anwandten ist hinreichend bekannt und wird durch ein neues Beweisstück belegt. Ein Schmuckstück aus der Werkstatt der Borgia, das Danaergeschenk einer treulosen Gattin, bilden den Gegenstand eines gerichtlichen Verfahrens, das gegen die beiden Schuldigen, die Frau und ihren Freund, in Mailand eröffnet worden ist. Die Angelegenheit hat um so größeres Aufsehen erregt, als er in einer der angesehensten und vornehmsten Familien Mailands spielte.

Der Anschlag war von der „liebevollen" Gattin im trauten Verein mit ihrem Liebhaber vorbereitet und ausgeführt worden. Der Hausfreund, gleichfalls ein angesehener Mann der Mailänder Gesellschaft, hat die Freundschaft und das Vertrauen dessen ihn der Hausherr widmete, in schnöder Weise mißbraucht. Jung und schlank, verstand es bald, sich das Herz der Frau seines Freundes zu erobern, die ihren an Jahren ungleich älteren Mann nur zu bald als lästiges Hindernis zu empfinden begann. So reifte der verwerfliche Plan zu dessen Ausführung der Geburtstag des ahnungslosen Ehemannes Anlaß bot.

Das Fest war, wie alle in diesem gastfreundlichen Hause, ein gesellschaftliches Ereignis allerersten Ranges. Da, mitten in lautester Festesfreude, sank plötzlich der Hausherr mit einem leisen Aufschrei vom Stuhl. Wochenlang rang er mit dem Tode, ohne daß — abgesehen von einigen Vergiftungserscheinungen — die eigentliche Ursache der Krankheit festgestellt werden konnte. In aufopfernder Pflege betreute ihn seine Gattin, bis er genas und niemand wäre je auf die Vermutung gekommen, sie für die Täterin zu halten, die Tat wäre wohl nie ruchbar geworden, wäre nicht der dankbare Gatte zu einem Juwelier gegangen, um seiner Frau in Form eines Geschenkes seinen Dank abzustatten. Wer beschreibt jedoch sein Erstaunen, als er bei dem Juwelier seinen Ring wiedersieht, das Geburtstagsgeschenk seiner Gattin.

Er glaubt seinen Ohren nicht zu trauen, als er erfährt, daß dieses Präsent seiner Frau ein Fabrikat der Borgia sei. Als er nun interessiert weiter nach dem eigenartigen Zusammenhang forscht, erzählt ihm der Händler, widerstrebend zwar, aber doch wahrheitsgetreu, daß ihm das Schmuckstück vor einiger Zeit zur Reparatur übergeben worden sei. Ein schrecklicher Verdacht steigt in dem Gatten auf. Um sich Gewißheit zu verschaffen, durchsucht er die Zimmer seiner Frau. Hier findet er seine schreckliche Ahnung bestätigt. Neben mannigfachen Beweisen für die Untreue seiner Frau findet er im Schreibtisch die genaue Beschreibung des Ringes. Ein sinnreich konstruierter Mechanismus im Innern läßt durch leichten Druck auf einen kunstvoll gearbeiteten Knopf eine feine Nadel zum Vorschein kommen, der Gift entströmt. Das Ganze ist derart raffiniert gearbeitet, daß selbst ein Fachmann nicht ohne weiteres etwas Auffälliges entdecken kann. Dieser letzte Beweis ließ an dem verbrecherischen Vorhaben keinen Zweifel mehr. Die sofort eingeleitete Untersuchung führte auch bald zur Verhaftung der beiden Liebenden.

Deutscher katholischer Gesellentag 1933 in München. Für das Jahr 1933 war wieder eine europäische Zusammenkunft der katholischen Gesellenvereine vorgesehen. Das Zentralkomitee der katholischen Gesellenvereine beschloß am Sonntag

Aktuelle Wirtschaftsprobleme

Eine Rede des Reichsbankpräsidenten

Reichsbankpräsident **Dr. Luther** hielt im Ueberseeklub Hamburg eine Rede über aktuelle Wirtschaftsprobleme.

Er ging von dem Wirtschaftsprogramm der Regierung aus und erklärte, was vor einem halben Jahre und auch in Lausanne ein schwerer Fehler gewesen wäre, sei heute das Gebot der Stunde. Es komme jetzt nicht darauf an, Neues zu erfinden, sondern alle

Tatkraft

darauf zu verwenden, daß nun auch schnellstens ausgeführt werde, wozu durch Beschlüsse der Reichsregierung und Reichsbank die Grundlagen geschaffen seien.

Außer der Festigkeit in der Durchführung des beschlossenen Programms brauche das Wirtschaftsleben zu seiner Erholung

Ruhe und abermals Ruhe;

dazu gehöre aber, daß auch das Gefühl gewährter

Rechtssicherheit

wieder anwachse. Vertrauen könne nur auf dem Boden der Rechtssicherheit gedeihen. In diesem Zusammenhang ging der Redner auf die Frage der

Zinssenkung

ein und betonte, daß der niedrige Zins, der zur Festigung der deutschen Wirtschaft nötig sei, in dieser Richtung nur wirksam würde, wenn die Zinssenkung auf dem natürlichen Wege steigender Geldangebote am Geld- und Kapitalmarkt komme. Zur Wiedererzeugung von Vertrauen müßten aber auch alle Kräfte darauf gerichtet werden,

die natürlichen Gesetze des Wirtschaftslebens

wieder zu freier Geltung zu bringen. Dem Staate stehe die Sorge dafür zu, daß der Gedanke freier Wirtschaftsbetätigung sich nicht durch übersteigerte Bindungen zu Zusammenballungen selbst festfahre.

Dr. Luther wandte sich gegen die Behauptung, daß die Reichsbank unter ausländischem Einfluß stehe und kein Instrument der Nationalwirtschaft sei. „Wie das ganze deutsche Volk wissen sollte", so erklärte er dazu, „gibt es einen

ausländischen Einfluß in der Reichsbank seit dem Frühjahr 1930 nicht mehr.

Das Bankgesetz, auf dem die Unabhängigkeit der Reichsbank beruht, ist ein deutsches Gesetz und für die Reichsbank bindend.

Der Gedanke einer allgemeinen und möglichst lückenlosen

Autarkie,

fuhr Dr. Luther fort, ist heute so gut wie aufgegeben. Als man sich des Begriffes „Autarkie" zu bedienen begann, habe man an etwas anderes als an die für Deutschland selbstverständliche Pflege des Binnenmarktes gedacht. Die Reichsbank habe sich der Pflege des landwirtschaftlichen Kredites in besonders starkem Maße angenommen.

Zu den Kontingentsfragen

übergehend, sagte Dr. Luther, daß die Gesamtlage, in der die jetzigen Erörterungen dieser Materie entstanden seien, nicht etwa durch Deutschland, sondern durch die handelspolitischen Maßnahmen des Auslandes hervorgerufen worden sei. Grundsätzlich sei aber zu diesen handelspolitischen Problemen erneut zu sagen, daß das deutsche Volk parallel mit der Industrialisierung zu seiner jetzigen Einwohnerzahl angewachsen sei. Die deutschen industriellen Anlagen seien größtenteils auf die Produktion von Ausfuhrartikeln eingerichtet, die der Binnenmarkt nicht oder keinesfalls in der gleichen Menge gebrauchen könne. Eine Umstellung der Industrie auf die Bedürfnisse des Binnenmarktes würde infolgedessen eine Krise hervorrufen, nach der Deutschland jetzt kein Verlangen haben sollte. Für die praktisch übersehbare Zukunft müsse damit gerechnet werden, daß weiteres Absinken der Ausfuhr neue Erwerbslosigkeit und neue Entwertung deutschen Volksvermögens bedeute. Der Markt für ausländische und für inländische Erzeugnisse hänge so innig zusammen, daß man nicht einen Teil zerstören könne, ohne den anderen mit zu zerstören.

Der Redner ging dann auf

Die Frage eines staatlich geleiteten Außenhandelsmonopols

ein. Der Export von Rohstoffländern könne wohl durch ein derartiges Institut bewältigt werden, aber nicht der Export vielgestaltiger Qualitätsware, der nur durch die vielmaschige Feinarbeit privatgeschäftlichen Lebens aufrechterhalten und vermehrt werden könne. Die Frage, ob es überhaupt möglich sei, von der Privatwirtschaft loszukommen, beantwortete der Redner dahingehend, daß das höchstens für eine Gesamtplanung theoretisch vorstellbar sei, wie sie das russische System unternehme. Man müsse aber unterstreichen, daß die grundsätzlich planwirtschaftlichen Gedanken, die in Deutschland umgehen, noch nie zur Aufstellung einer wirklichen Planung geführt hätten. Man könne eben nicht an Stelle der naturgewachsenen, verwickelten deutschen Verhältnisse ein theoretisches Erzeugnis menschlichen Verstandes setzen.

Dr. Luther wandte sich dann gegen den Vorwurf, daß Deutschland in der Nachkriegszeit zu viel

Auslandsmittel für den Aufwand an öffentlichen Gebäuden oder dergleichen

getrieben habe. Obwohl an diesem Vorwurf so manches richtig sei, wäre doch die Krise in keiner Weise geringer, wenn die entsprechenden Beträge für wirtschaftliche Anlagen verwendet worden wären, denn es sei deutlich geworden, daß auf der ganzen Welt an Produktionsmitteln eine Ueberkapazität vorhanden sei, und daß deshalb die Gefahr nicht durch eine noch stärkere Vermehrung der Produktivkräfte Deutschlands hätte gebannt werden können.

Von Stillhalteabkommen und Devisenordnungen müßte Deutschland sobald als möglich freikommen.

Der Wunsch nach Konsolidierung der kurzfristigen Kredite sei von deutscher Seite stets ausgesprochen worden.

Schließlich ging Dr. Luther auch auf

Probleme der Kreditwirtschaft

ein. Er betonte u. a., daß es keinen anderen objektiven Maßstab für die Kreditzuteilung im Großen gebe, als die „privatgeschäftliche Prüfung der Rentabilität". Die von der Reichsbank immer für richtig gehaltene Forderung, man solle die Banken reprivatisieren, bedeute deshalb für die Gegenwart besonders, daß Reich und Golddiskontbank keine Maßregeln ergreifen dürften, die die Anwendung privatgeschäftlicher Vorsicht auf Entscheidungen über Kreditgewährung in Frage stellten. Wohl aber sei es Aufgabe des Reiches und der Reichsbank, dafür zu sorgen, daß unter Beachtung aller Sicherheitsansprüche der Einleger die Bankenarbeit nicht in übertriebener Liquiditätsängstlichkeit verharre, sondern innerhalb des großen Aufbauprogramms der Reichsregierung positiv mitschwinge.

Zum Schluß seines Vortrages kam der Redner auf die Frage der

Reichsreform

kurz zu sprechen. Reichsreform, so erklärte er u. a., bedeute, daß die Selbstverwaltung des Volkes einen Staatsaufbau vorfinde, der nicht nur die freie Entfaltungsmöglichkeit, sondern auch staatspolitische Hemmungen für ein Uebermaß der Parteistrebungen vorsehe. Wenn ein innerlich erstarktes Reich die Zwiespältigkeit mit Preußen überwunden habe, dann werde gerade auf dieser Grundlage am besten das freie Eigenleben der Länder sich neu entfalten.

„So wird", schloß Dr. Luther, „die durchgeführte Reichsreform Deutschland nicht nur krisenfester machen, sondern auch dazu mithelfen, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit Brot und Freiheit hat.

Der Preußische Staatsrat

nahm am Donnerstag zunächst die Verordnung über die Berichtigung und Ergänzung der Landkreisneugliederung zur Kenntnis.

Er beriet dann die Verordnung über die Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung, die sogenannte

kleine Verwaltungsreform.

Nach längerer Aussprache wurde ein Ausschußantrag angenommen, wonach der Staatsrat die Beratung des Teiles der Verordnung, der sich mit den Befugnissen der Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten beschäftigt, und dessen Inkrafttreten erst für den 1. April in Aussicht genommen worden ist, im Hinblick auf die zu erwartende Reichsreform noch zurückgestellt. Im übrigen wurde die Verordnung durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt, in einem weiteren Beschluß aber die Aufhebung des § 46 der Verordnung gefordert. Nach diesem Paragraphen kann im Falle der Nichterfüllung von Verbindlichkeiten durch eine Gemeinde oder einen Gemeindeverband die Beschlußbehörde u. a. gemeindliche Steuern, Gebühren und Beiträge sowie Tarife gemeindlicher Versorgungsbetriebe erhöhen. Gegen die Aufhebung stimmten die Arbeitsgemeinschaft und einige Zentrumsmitglieder. Der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft hatte in der Aussprache erklärt, seine Fraktion würde es begrüßen, wenn die Staatsregierung trotz dieses Staatsratsbeschlusses den § 46 aufrechterhalten würde, auf dem geradezu die Kreditfähigkeit der Gemeinden beruhe. Im Hinblick auf den Beschluß auf Zurückstellung eines Teiles der Verordnung teilte der gleiche Redner auf Grund von Erkundigungen beim Reichsinnenminister, der als Staatsratsmitglied der Sitzung beiwohnte, mit, daß die in Aussicht genommene Reichsreform die jetzt in Gang befindliche preußische Verwaltungsreform nicht berühre, und daß es vielmehr dem Staate Preußen vollkommen überlassen sei, seine Staatsverwaltung nach eigenen staatlichen Gesichtspunkten zu reorganisieren.

Zum Schluß stand eine Anfrage der Arbeitsgemeinschaft zur Beratung, die sich mit der

Gefährdung der Fertigstellung des letzten Mittelstückes des Mittellandkanals

befaßt. In Beantwortung der Anfrage hatte der Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium mitgeteilt, daß die Anfrage anscheinend durch Nachrichten über den Meinungsaustausch zwischen Reich und Preußen darüber veranlaßt worden sei, auf welche Weise die rund 7½ Millionen Reichsmark, die das Reichsverkehrsministerium aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Förderung der Arbeiten am Mittellandkanal verwenden wollte, endgültig gedeckt werden sollen. Nachdem in dieser Frage Preußen eine das Reich befriedigende Antwort erteilt habe, dürften der Ausführung der erwähnten Arbeiten, soweit Preußen in Frage komme, Hindernisse nicht im Wege stehen. Der Berichterstatter Dr. Zehle (Arb.-Gem.) erklärte, daß die außerordentliche Verzögerung beim Mittellandkanal anscheinend auf die vielfache Gegnerschaft des Kanals zurückzuführen sei. Besonders gehe die Reichsbahn-Gesellschaft mehrwertige Wege, um der Weiterführung des Kanals Schwierigkeiten zu bereiten. Daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen Reich und Preußen ausgeräumt seien, sei erfreulich. Einstimmig nahm der Staatsrat eine Entschließung an, in der von der Antwort der Regierung Kenntnis genommen und vom Staatsministerium eine beschleunigte Weiterführung des Ausbaues der Oder erwartet wird, wie das der Staatsrat schon im Oktober 1930 gefordert habe.

Londoner Meldungen

Die Abrüstungswünsche der englischen Kirchen

Im Locarno-Saal des Außenministeriums in London empfing Premierminister Macdonald eine stattliche Abordnung von Führern der verschiedenen protestantischen Kirchen Englands und der Heilsarmee, an der Spitze die Erzbischöfe von York und Canterbury, um das allgemeine Problem der Abrüstung zu erörtern.

Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften in Großbritannien und Nordirland

ist nach der Statistik des Arbeitsministeriums von 4 824 000 Ende 1930 auf 4 611 000 Ende 1932 gesunken, während sich die Zahl der Gewerkschaften gleichzeitig von 1098 auf 1081 verminderte. Die Verminderung betrug in der Eisen-, Stahl- und Weißblechindustrie fast 16%, in der Wollindustrie 15% und 10% in den Bergwerken und bei den Eisenbahnen. Verglichen mit 1920, wo die Mitgliederzahl der Gewerkschaften einen Höhepunkt erreichte, ist die Mitgliederzahl bis Ende 1931 um 3 278 000 oder fast 45% gesunken.

Der Viermächte-Konferenzplan

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" schreibt, es verlaute, daß die britische Regierung bisher noch nicht über den nächsten Schritt entschieden habe, der unternommen werden solle, um Deutschland zur Rückkehr zur Abrüstungskonferenz zu veranlassen. Vielleicht werde am Freitag ein Beschluß darüber gefaßt werden. Ferner teilt der diplomatische Korrespondent mit, es sei in britischen Kreisen erklärt worden, Pariser Meldungen, wonach der britische Botschafter Lord Tyrell an Herriot herangetreten sei, um ihm einen anderen Zusammenkunftsort als Genf für die Viermächtekonferenz vorzuschlagen, was aber von Herriot abgelehnt worden sei, seien völlig unzutreffend.

Der Innenminister über die Unruhen

Im Unterhause forderte Lansbury im Verlaufe der Aussprache über Ruhestörungen in verschiedenen Teilen Großbritanniens, den Arbeitslosen sollten Möglichkeiten geboten werden, friedlich zu manifestieren. Der Minister des Innern, Gilmour, erwiderte hierauf, die Kundgebung in London sei nicht spontan, sondern von einer in der Hauptsache kommunistischen Organisation vorbereitet gewesen, die 300 Sektionen im Lande habe. Er wolle nicht behaupten, daß diese Organisation allein von Moskau aus dirigiert werde, aber es bestünden Beziehungen zwischen Moskau und gewissen Mitgliedern der Organisation. Gilmour beschäftigte sich dann weiter mit der verschiedenen Kundgebungen und bemerkte, während der Unruhen in Liverpool und Birkenhead insbesondere seien Methoden des Straßenkampfes entwickelt worden, wie sie durch die kommunistische Internationale empfohlen würden. Bei den Unruhen in London sei eine Abteilung in der Menge mit Steinen und Eisenstücken bewaffnet gewesen, die bis zu 4 Kilogr. wogen. 37 Polizisten seien verwundet worden, während nur 11 Zivilpersonen wegen Verletzungen verbunden zu werden brauchten. Zum Schluß unterstrich Gilmour die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Ordnung.

Streik in Braunschweig. Die Fabrikbetriebe der Braunschweigischen A. G. für Jute- und Flachsindustrie, die etwa 700 Arbeiter beschäftigen, sind am Donnerstag früh infolge Streiks der gesamten Belegschaft stillgelegt worden. Der Streik ist erfolgt, weil der Lohn für die 31. bis 40. Stunde um 30 Prozent gekürzt werden sollte wegen Mehreinstellung von 90 Mann. Bemerkenswert ist, daß die Gewerkschaften an dem Streik völlig unbeteiligt sind.

Die deutsch-französischen Handelsbeziehungen

Vor dem französischen Auswärtigen Kammerausschuß hat, „Echo de Paris" zufolge, der frühere Handelsminister Rollin geäußert, daß es vielleicht besser wäre, den Handelsvertrag mit Deutschland zu kündigen, wenn es wahr sei, daß Deutschland nichts in Frankreich kaufe und daß der jetzige deutsch-französische Handelsvertrag sich fatalerweise gegen Frankreich auswirke. Herriot soll die Argumente Rollins nicht bestritten, aber erklärt haben, er ziehe es vor, zu versuchen, auf dem Verhandlungswege ein günstigeres Handelsregime zu erreichen.

„Journe Industrielle" berichtet über die Besprechungen, die die deutsche Delegation für Kontingentierungsfragen in Paris aufgenommen hat. Die deutsche Delegation habe den französischen Delegierten die Ansichten und Wünsche der Reichsregierung über die geplanten Einfuhrkontingente für ausländische Früchte und ausländisches Gemüse unterbreitet. Diese Frage interessiere den französischen Außenhandel sehr, da die Ausfuhr von Frankreich nach Deutschland an Früchten und Gemüsen im Verlauf eines Jahres 100 Millionen Franks übersteige. 1931 habe Deutschland aus Frankreich für 8 382 000 Mark Früchte und für 9 332 000 Mark frisches Gemüse bezogen. Die Darlegungen der deutschen Vertreter seien in einem Memorandum zusammengefaßt worden, das die französischen Sachverständigen aufmerksam entgegengenommen hätten.

Letzte Drahtnachrichten

Landtagsabgeordneter Czirnick zu Gefängnis verurteilt

Die Große Strafkammer in Stolp (Pommern) verurteilte im Schnellverfahren den nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Czirnick zu einer Gesamtstrafe von drei Monaten Zuchthaus, die in vier Monate, zwei Wochen Gefängnis umgewandelt wurde.

Czirnick hatte bei einer deutschnationalen Wahlversammlung in Stolp eine Selterswasserflasche gegen den deutschnationalen Redner geschleudert.

Schwerer Streit im österreichischen Nationalrat

Eine Sitzung des österreichischen Nationalrates nahm nach der Einbringung des Budgets für 1933 bei der Begründung des sozialdemokratischen Mißtrauensantrages und des Antrages auf sofortige Auflösung durch Bürgermeister Seitz einen immer unruhiger werdenden Verlauf und endete schließlich mit einem offenen Konflikt zwischen Bundeskanzler Dr. Dollfuß und dem Abgeordneten Seitz.

Bürgermeister Seitz kritisierte die Zusammensetzung der Regierung, deren Handels- und Devisenpolitik nur von parteipolitischem Interesse gelenkt werde und Industrie und Gewerbe zugrunde richteten. Mit Rücksicht auf die Heimwehr, fuhr Seitz fort, sei jetzt das Aufmarschverbot gegen Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten ohne Geltung für die Heimwehr verfassungswidrig erlassen worden. Wenn Dr. Dollfuß auch gerne das Beispiel in Deutschland nachahmen möchte, das Volk in Oesterreich lasse sich nicht verfassungswidrig behandeln. Wir wollen keinen Krieg und keinen Bürgerkrieg, erklärte Seitz, aber wenn wir mit Gewehren angegriffen werden, wird sich die Arbeiterschaft mit Gewehren verteidigen. Da die Heimwehr Waffen besitzt, kann auch der Schutzbund nicht ungerüstet sein und sich totschießen lassen. (Diese Worte entfesselten langandauernden Lärm, Pfuirufe rechts und Gegenrufe links.)

Als Seitz die Justiz als Dirne der Regierung bezeichnete, rief **Bundeskanzler Dollfuß** erregt: „Sie haben den Richterstand beleidigt!" und verließ den Sitzungssaal.

Es entstand stürmischer Lärm, Pfuirufe wurden rechts laut gegen Seitz, von links hörte man andauernde Rufe: „Auflösen!" Darauf gingen auch die anderen Minister und die Regierungspartei aus dem Saal.

In ihrer Abwesenheit schloß Seitz seine Rede mit den Anträgen auf das Mißtrauensvotum und auf Auflösung.

Als Seitz geendet hatte, betrat **der Bundeskanzler** mit den Ministern und den Mehrheitsparteien wieder den Saal und erklärte: „Die Rede des Bürgermeisters Seitz ist in manchen Teilen von solchen Entgleisungen begleitet gewesen, auf die zu antworten ich unter meiner Würde halte" und verließ neuerdings den Saal.

Unter andauernder Unruhe wurde die Sitzung geschlossen.

Um die Beobachtung der Therese Neumann

Das Generalvikariat Regensburg hat der „Augsburger Postzeitung" eine Mitteilung gesandt, daß die Nachricht, die Freisinger Bischofskonferenz habe eine neue Beobachtung der Therese Neumann in bezug auf Nahrungslosigkeit gewünscht, in das Konnersreuther Sonntagsblatt durch ein Mitglied der Redaktion gekommen sei, das der Predigt im Dom beigewohnt habe. Das Hereinziehen einer in der Bischofskonferenz behandelten Angelegenheit sowohl in die Predigt wie in die Presse sei ohne Wissen und gegen den Willen des Bischofs geschehen, umso mehr, als die Familie Neumann bezüglich einer neuen Beobachtung noch nicht Stellung genommen habe. Es sei auch unrichtig, daß die Beobachtung gerade in einer Universitätsklinik stattfinden soll.

von Gronau in Colombo

Wolfgang von Gronau hat auf seinem Flug vom Chiklasee an der vorderindischen Küste des bengalischen Meerbusens Ceylon erreicht. In Chikla waren die deutschen Flieger Ehrengäste des Rajah von Calle Cot, eines der reichsten Maharadschas Indiens. Während in Chikla für von Gronau und seine Mannschaft auf das allerbeste gesorgt worden war, mußten sie in Coel Ada an der vorderindischen Küste, wo der Dornier-Wal Zwischenstation gemacht hatte, recht bescheiden in einfachsten Zelten ohne jede Bequemlichkeit leben. Voraussichtlich wird der Wal zwei Tage in Colombo bleiben, da von Gronau einige kleine Instandsetzungen vornehmen will, um danach möglichst schnell seinen Flug in kleineren Etappen zu vollenden.

Billige
Konfektionstage!

Herren- und
Knaben-Mäntel
verkaufen wir zu
auffallend billigen Preisen.

Gebr. Weimann,
Mitglied des Rabatt-Sparvereins.

Lichtburg - Soest.

Ab heute bis einschl. Dienstag

WILLY FRITSCH in dem lustigen Ufa-Tonfilm:

Ein toller Einfall

mit Ellen Schwannecke—Max Adalbert — Rosy Barsony.
Im 2. Tonfilm:
Charlotte Ander — Joh. Riemann in:

Das Millionentestament.

Vorführungszeiten: Freitag, Montag u. Dienstag um 8,15 Uhr; Kasse 7,30 Uhr; Samstag 2 **Vorstellungen**, um 5,30 und 8,15 Uhr; Sonntags durchgehend von 2—11 Uhr.

Zur gefl. Beachtung! Die Gutscheine sind nur an Werktagen und Sonntags bis 5 Uhr umzutauschen!

Stolper's Brotpreise.

Probieren Sie mein
Soester Landbrot,
täglich frisch, im Steinofen mit Holz gebacken

	4½ Pfd.	**0.80** Pfg.
	2½ „	**0.45** „
Ia Roggenbrot	4½ „	**0.70** „
dto	2½ „	**0.40** „
Original-Paderborner Brot	4½ „	**0.80** „
echtes Kassler Brot		

etwas hervorragendes
4 Pfd. **0.75** Pfg.
und hierauf bis auf weiteres noch
10 Prozent RABATT.

Curt Stolper, Soest.

Zwangsversteigerung

Samstag, den 22. Oktober, versteigere ich um 10,30 Uhr in meinem Pfandlokal Pollhofstraße:

Versch. Bände Klassiker, Ladentheken, Warenschränke, Zuglampen, Schlafzimmerampeln, Haarkämme, Bohnerwachs, versch. Toilettenartikel, Herren- und Damenhüte, Kinderschuhe Gr. 18—21, Spezereiartikel u. a. m.

öffentlich meistbietend gegen sofortige Zahlung.

Elliger, Obergerichtsvollzieher K.

Stolper's Kaffee

schmeckt vorzüglich
¼ Pfund 0,90 0,80, 0,75, 0,70 u. 0,50 Mk.
2 mal wöchentlich frisch
aus eigener Großrösterei
Curt Stolper, Soest
und Filialen

Günstig gelegenes
Lokal
für Heißmangel geeignet billig zu vermieten. Offert a. d. Gesch. unter 5467.

Frische
Brasil-Zigarren!
Otto Huk,
neben Café Aecker!

EISU-Stahl- u. Holz-Betten
Schlafzim., Kinderbett., Stahlmatr., Chaisel., an jeden Teilz., Katal. fr.
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Versammlung
am Sonntag 5 Uhr
1. Weihnachtsfeier
2. Verschiedenes

Spiel u. Sport Soest.
Sonnabend den 22. Okt 1932 abends ½ 9 Uhr
Monatsversammlung
bei Gruß.

Der Schmutz
bleibt vor Ihrer Tür, wenn Sie rechtzeitig
Fußmatten
schon von 45 Pfg. an auslegen.
Franz KERSTIN.

Betten

kauft man am besten im Spezial-Geschäft!
Kopfkissen, mit 2 Pfd. von 1,75 an
Oberbetten von 7,50 an
Steppdecken von 5,90 an
Schlafdecken von 0,95 an
Metallbettstellen, mit Zugfeder-Matratze von 11,75 an
Kinderbettstellen, Holz, weißlack, von 19,50 an
Auflege-Matratzen Gr. 90 190 von 11,50 an

Bettenhaus
Hermessen
Soest, Jakobistr. 10

Es lohnt sich bestimmt
Ihre Schuhreparaturen in der Schuhklinik vornehmen zu lassen. Die Haltbarkeit der Sohlen verbilligt die Reparatur. Es kommt nur Ia. Qualitäts-Leder und Continental Absätze zur Verarbeitung.
Schuhklinik Niehaus
nur Osthofenstr. 4 Ecke Kolkstr.

Ein angenehmer Warteraum steht Ihnen zur Verfügung

Steuerfreies
Motorrad
zu kaufen gesucht.
Offert. mit Preis a. die Gesch. unter Nr. 5425.

Ia Wildfleisch
vom Sommaltier,
Reh, Suppenhühner
empfiehlt
H. Husemeyer.

Eine Sehenswürdigkeit Dortmunds

ist die große Wohnkunst - Ausstellung im Reinoldihaus der Fa. Gebrüder Schürmann

Es ist für jeden Besucher interessant, festzustellen, welch gediegene, künstlerisch vollendete-Zimmer-Einrichtungen man dort schon in der Preislage von

500.- bis **700.-** Mk. findet.

---

25 Jahre | edeka

Neue **Sizilianer Haselnüsse**	per Pfd. 0.40
Neue **Feigen**	„ „ 0.30
Neue **Paranüsse**	„ „ 0.55
Plockwurst sehr preiswert	per Pfd. 0.70
	„ „ 1.20
Kümmel-Käse	„ „ 0.40

mit 5% Rabatt! — RABATT-SPAR-VEREIN 1 SOEST 1 — **mit 5% Rabatt!**

Mitglieder-Versammlung

Freitag, den 21. Oktober 1932, 20¼ Uhr im Central-Hotel.

1. Hindenburgfeier.
2. Syndikus der Handelskammer Dr. Weber, Bochum:

Die Deutsche Volkspartei im Wahlkampf.

— Gäste willkommen! —

Ingenieurschule Elektrotechnik, Maschinenb. Automobilbau, Flugzeugbau, Heizungsbau, Kältetechnik, Landw. Masch. Radiotechnik — Lehrpläne
Lage Lippe — Detmold
Bauschule Staatl. anerkannt v. Lippe — Architektur, Tiefbau, Eisenbeton- Stahlbau, Torindustrie — anfordern

---



Westfälischen Hausfrau

An den Verlag der „Hausfrau", Berlin SW 68, Ritterstraße 50: Senden Sie kostenfrei Probeheft an:

.....

.....

Deutschnationale Volkspartei.
Montag, den 24. Oktober abends 8.15 Uhr bei Gruß-Osthofenstraße

Oeffentl. Wahlversammlung

Unser Handelsverbandsvorsitzender
Herr Dr. Ende-Wattenscheid
spricht über:

Die brennenden Fragen der Gegenwart und Zukunft unseres Volkes.

Zur Vierhundertjahrfeier der Soester Reformation

Dr. Hubertus Schwartz: „Geschichte der Reformation in Soest". 528 Seiten Text, 32 Seiten Abbildungen, bei **Vorausbestellung** durch die ev. Pfarrämter des Kirchenkreises Soest oder durch Pfarrer Clarenbach-Borgeln, Soest-Land oder direkt beim Verlag Rocholsche Buchdruckerei W. Jahn in Soest bis Mitte November broschiert 5,— Rm., in Ganzleinen gebunden 6,50 Rm. Später erhöht sich der Preis auf 7,— bezw. geb. auf 9,— Rm.

„Ein Volksbuch, das Einkehr in jedes evangelische Haus fordern darf."
Professor der Kirchengeschichte D. Dr. Rothert in Münster.